



## Angriff auf Israel – Angriff auf uns

**Antisemitismus**

**Hass**

**Hilflosigkeit**

**Angst**

**Feigheit**

**Entschlossenheit**

**Solidarität**

**Hoffnung**

## Impressum

### Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.  
Präsident: Uwe Becker  
Bundesgeschäftsstelle  
Littenstraße 105 | 10179 Berlin  
Telefon 030/80 90 70 28  
info@digev.de | www.digev.de

Registergericht:  
Amtsgericht Charlottenburg  
Registernummer: VR 4075 B

### Redaktion

Uwe Becker (V.i.S.d.P.),  
Daniel Killy, Claudia Korenke

### Titelbild

Zerstörte Häuser und Autos in Petah Tikva  
nach einem Raketenangriff aus Gaza  
am 14. Mai

www.shutterstock.com  
The World in HDR

### Konzept/Gestaltung/Satz

Lothar Schwarzer GbR  
Druck & Werbung  
info@schwarzer-druck.de  
Telefon 030/401 89 39

### Druck & Verarbeitung

Lothar Schwarzer GbR  
Druck & Werbung

### Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis des  
DIG Magazins ist mit dem Mitglieds-  
beitrag abgegolten. Für namentlich  
gekennzeichnete Artikel sind die  
jeweiligen Autoren verantwortlich.

### Bankverbindung

Berliner Sparkasse  
IBAN DE84 1005 0000 1010 0091 99  
BIC BELADEBEXX

Herausgegeben mit  
freundlicher Unterstützung des  
Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

## Inhalt

1 | Editorial

## Aktuell

- 2 | Präsident Becker interviewt  
Or-Bar Ilan, Kibbuz Kfar Aza
- 5 | Das Jeckes-Museum in Tefen
- 9 | Rechtsschutzverfahren gegen DIG zurückgewiesen

## Sport

11 | Radsport-Team „Start Up Nation Israel“

## Sonderseiten

- 12 | Angriff auf Israel – Angriff auf uns
- 26 | Eine moralische Armee

## Der aktuelle Kommentar

28 | Der Krieg der Worte

## Junges Forum

- 29 | Zur Lage des Jungen Forums
- 29 | Junges Forum Bayern
- 30 | Antisraelischer Antisemitismus in Münster
- 32 | Gesprächsreihe „Einblicke“ JuFo Ruhr
- 33 | Zum Antisemitismus Achille Mbembes
- 35 | Feministischer Protest gegen das IZH

## Wir vor Ort – Aus den Arbeitsgemeinschaften

- 31 | Hamburg: DIG-Vorsitzender Hensel ist neuer  
Antisemitismusbeauftragter
- 36 | Hannover: Wahlplakat – Ermittlungen eingestellt
- 38 | Kassel: Abefahren – die Shalom-Bahn

## Neue Serie: 55 Jahre Deutsch-Israelische Gesellschaft

39 | Ehrenpräsident Dr. h.c. Gerster erinnert sich

## Kultur

42 | Karl Laabs – ein Gerechter unter den Völkern

## Rezensionen

- 45 | Itamar Rabinovich: Jitzchak Rabin
- 46 | Jeffrey Herf: Unerklärte Kriege gegen Israel
- 48 | Nachrufe

## Liebe Mitglieder und Freunde der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,

erneut liegen bewegte Wochen hinter Israel, in denen das Land wieder einem Raketenhagel der Terrororganisation Hamas aus Gaza ausgesetzt war, in denen es nach erfolgreichem Kampf gegen Corona wieder einen Anstieg der Fallzahlen verzeichnen musste und in denen es nun nach der vierten Parlamentswahl in 2 Jahren eine neue Regierung hat.

Die lange andauernden rechtlichen Auseinandersetzungen über Eigentumsfragen im Jerusalemer Stadtteil Sheik Jarrah sowie die teilweise gezielten Unruhen am Tempelberg nutzte die radikalislamistische Terrororganisation Hamas, um Israel erneut anzugreifen. Innerhalb weniger Tage feuerte die Hamas über 4000 Raketen auf israelische Familien. Im Süden des Landes bis hinauf nach Tel Aviv und in den dicht besiedelten Regionen um Tel Aviv, Jerusalem und Beer Sheva mussten Kinder, Frauen und Männer in Luftschutzräumen, Treppenhäusern oder an Straßenrändern um Gesundheit und Leben fürchten. Zahlreiche Opfer der Angriffe sind zu beklagen: ihnen gebührt unsere Trauer. Wir in der DIG fühlen mit den Angehörigen. Israel hat das Recht und die Pflicht, seine Bevölkerung zu schützen. Die Israelischen Verteidigungskräfte (IDF) wählten bei ihren Abwehrhandlungen gezielt Gebäude und Infrastrukturen der Hamas aus, um möglichst auch die palästinensische Zivilbevölkerung zu schonen. Dass dabei zivile Opfer zu beklagen waren, erfüllt uns gleichermaßen mit Trauer. Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, wer Täter und wer Opfer der Terrorangriffe der Hamas war und dass die Terrororganisation ebenso wie 2014 die eigene Bevölkerung als Schutzschild missbrauchte. So wurden Raketen aus dicht besiedelten Gebieten gefeuert und Terrortunnel unter Schulen und anderen Einrichtungen für die Angriffe genutzt. Neben den Raketen auf Israel mussten auch wir in Deutschland erleben, dass auf unseren Straßen und Plätzen verbale Salven des Hasses und der Hetze auf Israel abgefeuert wurden. Demonstrationen wie vor der Synagoge in Recklinghausen haben gezeigt, wie sehr sich eben doch der Hass auf Israel und der Antisemitismus überschneiden. Nichts rechtfertigt die stattgefundenen Angriffe auf jüdische Einrichtungen, das Verbrennen israelischer Fahnen oder der Aufruf zur Vernichtung Israels in Deutschland. Hier muss die Politik entschiedener gegen den israelbezogenen Antisemitismus und gegen Israelfeindlichkeit in unserem Land vorgehen.

Was Politik leisten kann, haben die Wahlen in Israel gezeigt. Während man fast mit Humor geneigt ist, Israel als das demokratischste Land der Welt zu bezeichnen, da dort in 2 Jahren vier Parlamentswahlen abgehalten wurden, scheint nun aber eine Koalition geformt, die das Land in breiter Weise repräsentiert und regieren kann. Insgesamt acht sehr unterschiedliche Parteien von links über die Mitte bis rechts unter Einschluss arabischer Politiker formen die neue Regierung, an deren Spitze mit Naftali Bennet und im



© CHLietzmann

**Uwe Becker**

zweijährigen Wechsel Yair Lapid eine neue Generation das Ruder in der Hand hält. Ob diese Koalition vier Jahre hält, wird man sehen. Doch das Bündnis verdient unser Vertrauen und wir hoffen, dass nun innenpolitisch eine neue Stabilität bis hin zu einem beschlossenen Haushalt einkehren möge. Ein weiterer Wechsel vollzieht sich im Amt des Israelischen Staatspräsidenten. Turnusmäßig endet die Amtszeit des „Brückenbauers“ Reuven Rivlin. Mit Yitzhak Herzog folgt eine politisch versierte Persönlichkeit. Man kann gespannt auf die nächsten Jahre blicken, die sicher auch den Beziehungen zu Deutschland zusätzliche Impulse verleihen können. Erwähnt sei, dass sich Palästinenserpräsident Mahmut Abbas bereits seit eineinhalb Jahrzehnten in seiner ersten, vierjährigen Amtsperiode befindet und auch jetzt wieder die angekündigten Wahlen verschoben und Oppositionelle verhaftet wurden. So sieht Demokratie im Jahre 2021 auf palästinensischer Seite aus. Auf den Aufschrei der ansonsten in Bezug auf den Nahen Osten so laut wahrnehmbaren übrigen Welt wartet man vergebens.

Nach den Erfolgen Israels im Kampf gegen die Coronapandemie sind jetzt dort wegen der Delta-Variante neue Einschränkungen angeordnet, um die Bevölkerung zu schützen. Wir können nur hoffen, dass wir bald von einer Zeit nach Corona sprechen können und wechselseitige Begegnungen und Reisen wieder möglich sein werden.

Dieser kurzen Tour d'Horizon folgen ausführliche Artikel zu den unterschiedlichen Themen in diesem DIG-Magazin. Ich wünsche Ihnen viel Freude und anregende Gedanken bei der Lektüre.

Ihr

**Uwe Becker**

Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

# Wenn Kinder „Roter Alarm“ spielen

Or Bar-Ilan lebt im Kibbuz Kfar Aza im Süden Israels –  
im Interview mit Uwe Becker schildert sie den nicht immer leichten Alltag

*Kfar Aza ist ein kleiner landwirtschaftlicher und industrieller Kibbuz im Süden Israels. Er liegt zwischen Netivot und Sderot. Die meisten Bewohner von Kfar Aza wurden entweder im Kibbuz geboren oder zogen ein, um eine eigene Familie dort zu gründen. Vor dem Beginn der palästinensischen Intifada war das Leben friedlich und die Bewohner konnten durch Gaza fahren, um sich am Strand zu vergnügen. Doch mit Beginn der Intifada und später auch nachdem die Terrororganisation Hamas 2006 die Macht im Gazastreifen übernommen hatte, leben die Familien von Kfar Aza unter ständiger Bedrohung. Heute wohnen 850 Menschen in der schönen Gemeinde mit einer teils kreisförmigen Anordnung der Wohnhäuser, einem Gemeindezentrum, Kindergarten und einem kleinen Laden. Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Uwe Becker, sprach mit Or Bar-Ilan, die in dritter Generation im Kibbuz lebt und ihre Heimat trotz aller Herausforderungen, denen sich die Menschen dort stellen müssen, liebt. Selbst in den Tagen des Interviews ertönten vor Ort erneut die Sirenen des Raketenalarms und wurden die Felder des Kibbuz mit Explosivstoffen in Brand gesetzt. Oft schlagen die Projektile in dem nur 1,7 km vom Gazastreifen entfernten Kibbuz ein, noch bevor der erste Alarm ertönt und den Anwohnern hier bleiben im Ernstfall kaum 5 Sekunden um Schutz und Deckung zu suchen.*

**Könnten Sie sich zunächst unseren Leserinnen und Lesern kurz persönlich vorstellen?**

Mein Name ist Or Bar-Ilan, ich bin 25 Jahre alt und arbeite bei OR MOVEMENT als Leiterin des Besucherzentrums – „Gate to the

Negev“. Während meines Armeedienstes wurde ich in der Nähe meines Zuhauses eingesetzt, im Gaza-Bataillon als Kampfsanitäterin. Also konzentriert sich alles in meinem Leben bisher hier auf den südlichen Teil von Israel.

**Könnten Sie das Leben in Ihrem Kibbuz in ein paar Sätzen beschreiben?**

Das Leben in meinem Kibbuz ist wunderbar, es ist sonnig und schön. Unser Gemeinschaftsleben ist sehr herzerwärmend. Wenn zum Beispiel eine der Frauen ein Kind bekommt, kochen im ersten Monat alle für sie und ihre Familie. Wir feiern alle Feiertage zusammen. Wir sind eine Gemeinschaft von 850 Menschen. Ich weiß, dass die meisten Kibbuzim in Israel den gleichen Lebensstil haben, aber in unserer Gemeinde, die nur 1,7 km vom Gaza-Streifen entfernt liegt, leben wir unter einer Vielzahl von ständigen Bedrohungen wie Terrortunnel, Raketen, Panzerfäuste, Ballons und Drachen mit Brandsätzen...

All diese Dinge sind ein täglicher Teil unserer Realität, was uns sehr an unser wahres Recht, hier im Kibbuz Kfar Aza zu leben, glauben lässt! Die meisten Menschen auf der Welt schlafen und „leben“ nur in ihren Städten, Häusern... Gemeinden... Aber hier ist es anders, genau wie in Game Of Thrones. Wir sind die Wächter der „Mauer“. Weil wir hier leben, können die Menschen



Or Bar-Ilan



in Tel-Aviv ein „normales“ Leben führen. Wenn meine Familie und andere nicht in dieser Gegend bleiben wollten, würde die Grenze sich verschieben und näher an Ashkelon, Ashdod, Rishon LeZion und anderen großen Städten liegen.

Vor 70 Jahren wurde es als eine zionistische Sache angesehen, das Land zu bauen. Heute weiß ich, dass es eine zionistische Sache ist, an der Südgrenze Israels zu leben. Zu erhalten, was meine Großeltern aufgebaut haben, ist für mich eine große Ehre.

#### **Was macht das Leben in Ihrem Kibbuz so besonders?**

Für mich ist es etwas Besonderes, dort zu leben, wo sich meine Großeltern als zwei junge Soldaten trafen und diesen schönen grünen und blühenden Kibbuz aus Erde, Sand und ein paar Steinen errichteten. Heutzutage ist es einfach, auf den Bürgersteigen herumzulaufen und die Landschaft zu bewundern. Aber für mich ist es ihr Vermächtnis. Von einer Idee zur Realität, diesen Lebensstil aufzubauen und zu erhalten, ist etwas Besonderes für mich.

#### **Wie lange leben Sie schon in Kfar Aza?**

Ich bin in der 3. Generation im Kibbuz Kfar Aza. Meine Großmutter kommt ursprünglich aus Jerusalem (7. Generation) und mein Großvater kommt ursprünglich aus Petah Tiqva. Meine Mutter ist im Kibbuz geboren und aufgewachsen. Meine Antwort lautet also: Solange ich mich erinnern kann.

#### **Haben Sie jemals daran gedacht, wegen der Situation umzuziehen?**

Niemals. Für mich kommt das nicht in Frage. Ich kann mir mein Leben nirgendwo anders vorstellen.

#### **Wie gehen Sie jetzt und als Kind mit der ständigen Bedrohung um?**

Normalerweise, wenn ich mit anderen Menschen zusammen bin, ist es okay, aber wenn ich alleine bin und Sirenen zu hören sind, spüre ich mein Herz in meinem Brustkorb springen. Manchmal habe ich schreckliche Albträume. Und ein anderes Mal ertappe ich mich dabei, dass ich gestresst bin und nicht in der Lage bin,

die Toilette zu benutzen, zu essen oder irgendetwas zu tun. Um ehrlich zu sein, ich funktioniere wie ein moderner Mensch, ich gehe zur Arbeit und so. Aber mit kleinen Stressattacken, Angst und täglichen Gedanken darüber, „was wird passieren, wenn es jetzt Alarmstufe Rot gibt“. Ich liebe mein Leben, aber ich wünsche mir, dass sich diese seit 20 Jahren andauernde Situation auflöst und nur noch eine vage Erinnerung an die Vergangenheit ist.

#### **Was haben Ihnen Ihre Eltern oder Verwandten beigebracht?**

Immer auf der Hut zu sein und zu schauen, wo der nächste sichere Raum ist. Als Kind haben mein Freund und ich Spiele



**Uwe Becker**



gespielt. Wir schrien „tseva adom“ (roter Alarm) und rannten innerhalb von 15 Sekunden zum Schutzraum. Wenn man es nicht schaffte, war man „tot“ und aus dem Spiel. Aber für uns ist es nicht nur ein Spiel, es ist wirklich so. Wir haben 15 Sekunden, um in den sicheren Raum zu gehen. Aber ehrlich gesagt, weil wir so nah dran sind, haben wir hier in Kfar Aza nur 5 Sekunden. Die Kinder spielen immer noch diese Spiele. Ich weiß das, weil ich vor ein paar Jahren im Kibbuz-Kindergarten gearbeitet habe und sie dieses Spiel spielten, und als ich sie das erste Mal spielen sah, wurde mir klar, dass es nicht normal ist, hier unter ständiger Lebensgefahr zu leben. Die Regierung MUSS mehr tun, damit meine zukünftigen Kinder dieses Spiel nicht mehr spielen müssen.

#### **Wann war der letzte Angriff und was haben Sie getan?**

Hahaha. Entschuldigung, dass ich lache, aber ich kann das gar nicht zählen. Aber ich versuch's. Gestern hatten wir 7 Terrorbrände von Ballons in unseren Feldern. Und meine Mutter und ich sind im Kibbuz spazieren gegangen und haben eine Bombe gesehen, die an einem Ballon befestigt war, aber ins Innere des Kibbuz fiel, so dass die IDF und die Polizei kamen, um sie zu holen. Wir haben ein ständiges Summen der IDF-Drohnen über unseren Köpfen, Flugzeuge, Hubschrauber, Panzer. Alles ist hier, vor meinem Haus. Das ist wie diese amerikanischen Kriegsspiele. Aber hier haben wir eine schöne Landschaft und viele spielende Kinder. Aber das ist hier normal.

#### **Was möchten Sie den Menschen hier in Deutschland über Kfar Aza erzählen?**

Zunächst einmal. Sie sind jederzeit willkommen, meinen Kibbuz zu besuchen und ich weiß sicher, dass es Ihnen gefallen würde, denn ich habe eine deutsche Freundin aus Berlin und ihr Name ist Louise und sie LIEBT die Sonne, den Hummus und die Menschen. Ich möchte, dass jeder in Deutschland, der sich wegen unserer Vergangenheit schlecht fühlt, nicht vergisst, was passiert ist, aber in die Zukunft schaut. Ich verspreche euch, es ist die beste Kombination, eine deutsche und israelische Freundschaft zu haben. Vor allem bei Roadtrips! Weil die Deutschen so organisiert sind und die Israelis so ZOREM, was „mit dem Fluss gehen“ bedeutet, schafft dies einfach die besten Freundschaften und Erfahrungen!!! Ich bin mir sicher, Louise kann mir zustimmen. Denn wir haben schon unsere Sommerreise hier in Israel geplant!

#### **Was würden Sie sich von der israelischen und der europäischen Politik wünschen?**

Erstens, eine bessere gemeinsame Zukunft für beide Seiten zu planen, wirtschaftlich, touristisch, bildungsmäßig. Wir sind nur ein paar Flugstunden entfernt. Wir können von diesen gemeinsamen Beziehungen profitieren, und als Individuen wachsen. Ich glaube, es ist wichtig, eine persönliche Bindung zu seiner Kultur zu haben. Aber als Menschen müssen wir andere Kulturen verstehen und zulassen, dass es sie gibt. Persönlich hasse ich die Menschen in Gaza nicht.

Auch wenn einige von ihnen jeden Tag versuchen, mich zu töten. Aber ich weiß, wie vorteilhaft es wäre, wenn es für beide Seiten einen Weg gäbe, voneinander zu profitieren und man ihnen nicht nur Geld geben würde, um wirtschaftliche Beziehungen zu haben. Ich weiß genau, dass wir eine bessere Zukunft haben werden. Alle Babys auf der Welt sind gleich, der einzige Unterschied ist die Art, wie sie erzogen werden. Und das ist der Ursprung für Rassismus und andere schlimme Taten.

Wenn mehr Menschen, Babys, junge Kinder und Erwachsene ihr Leben als eine große, vereinte Gemeinschaft leben, wird die Welt ein besserer Ort für uns alle sein.

#### **Und zum Schluss vielleicht eine Frage, die Sie gerne gestellt bekommen würden?**

Ob ich jemals in Deutschland gewesen bin. Und die Antwort ist Nein. Und ich kann es kaum erwarten, dieses schöne Land zu besuchen. Traurigerweise verstehen einige Leute in meiner Familie nicht, dass es das Wichtigste ist, in die Zukunft zu schauen und nicht in der Vergangenheit zu bleiben. Was vor 80 Jahren passiert ist, war schrecklich. Aber eine ganze Nation zu verurteilen und auszuschließen, ist noch schlimmer. Ich weiß, dass meine Freundschaft mit meiner deutschen Freundin Louise das Beste ist, was ich mir wünschen kann. Denn das ist mein Weg, unsere gemeinsame Zukunft zu verändern, und zwar nicht nur als DEUTSCHE UND ISRAELIS, sondern als Menschen.

# Das Jeckes-Museum und die Zukunft der Vergangenheit

## Hoffnung für ein Stück deutscher Geschichte in Israel

Die „Jeckes“ sind Juden aus Deutschland und dem deutschsprachigen Kulturkreis, die überwiegend während der NS-Zeit nach Israel einwanderten. Das einzige Jeckes-Museum in Israel bewahrt ihre Erinnerungen auf, Habseligkeiten und „Schätze“, die sie aus Deutschland mitnehmen konnten. Sie zeigen die Zerrissenheit der Geflüchteten zwischen zwei Heimaten und die Trauer des Abschieds von einer Vergangenheit ohne Zukunft. Von den „Jeckes“ heißt es, dass sie „deutscher als die Deutschen“ waren, bevor die Nationalsozialisten sie zu „Fremden“ erklärten. Absicht der Nationalsozialisten war es, die Geschichte der deutschen Juden, die gemeinsame deutsch-jüdische Geschichte, zu vernichten und vergessen machen. In Israel konnten die Jeckes einen Teil ihrer deutsch-jüdischen Vergangenheit bewahren. Das Museum erzählt diese Geschichte und gehört damit zu Deutschland, obwohl es bis heute im Industriepark Tefen in Israel gelegen ist. Im vergangenen Jahr geriet es in Gefahr, weil der bisherige Finanzier, Steff Wertheimer, die Finanzierung einstellte. Das Museum musste schließen. „Es brach mir das Herz“, sagte Ruthi Ofek, die das Museum 30 Jahre geleitet hat.

Stefan Ihrig von der Universität Haifa nahm sich der Sache an. Sein Zentrum für Deutschland- und Europastudien unternahm mit Unterstützung des Univer-

sitätspräsidenten große Anstrengungen, die Sammlung in das Hecht-Museum der Universität Haifa zu integrieren. Das deutsche Außenministerium sagte im November 2021 etwa 200.000 Euro zu. Daraufhin sprangen gleichzeitig andere potenzielle Spender ab. Wenn schon das Außenministerium hilft, muss ich mich ja nicht mehr finanziell engagieren, glaubten viele. Dabei reichen 200.000 Euro zwar für die einmalige Verpackung der Erinnerungsstücke in Umzugskisten und den fachgerechten Transport zur Universität. Aber um die Ausstellungsstücke zeigen zu können, bedarf es auch eines Umbaus der Universität, um erst den Platz im Hecht-Museum zu schaffen. Die benötigte Million war die Voraussetzung dafür, dass die Sammlung umziehen kann, die Bedingung für die langfristige Bewahrung. Für diese langfristige Bewahrung werden immer noch weitere Mittel benötigt.

Unter den Tausenden persönlichen Erinnerungen, Fotos und Briefen befinden sich auch kostbare Gemälde von Hermann Struck, Briefe von Freundinnen Hannah Arendts, Originalkompositionen von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Die Universitätsleitung wollte nicht verantworten, diese Quellen in einem Keller in Pappkartons zu lagern, dem Verfall und dem Vergessen preiszugeben. Diese Gefahr ist in Israel und an seinen Universitäten groß: Gegenstän-



Esther Gardei

de von historischem Wert können nicht sicher verwahrt werden, weil es an Geldern für die Archivierung und sachgerechte Bereitstellung für Besucher und Forschung fehlt. Ihrig und seine Kollegen ließen sich jedoch nicht entmutigen und entwickelten ein Konzept für die fachgerechte Sicherung der Gegenstände und Erinnerungen des Jeckes-Museums. Aktivitäten zum Fundraising wurden ins Leben gerufen. Neben recht schnell gefundenen israelischen Sponsoren unterstützte die Hecht-Stiftung der Universität die Initiative. Der DAAD sicherte die Finanzierung einer Archivarin für die nächsten zehn Jahre zu und erkannte als erste deutsche Organisation den Wert der Sammlung für die Wissenschaft. Medien berichteten und forderten auch

deutsche Politiker öffentlich zur Hilfe auf. Am Ende fehlten immer noch eine Million Euro für die bauliche Veränderung des Museums der Uni Haifa wie für die zumindest teilweise Unterbringung der 400 Quadratmeter Ausstellungsfläche erfordernden Sammlung auf dem Campus der Uni in Haifa. „Das ist immer eine Herausforderung, wenn Museumsstücke umziehen müssen oder in öffentliche Hände kommen. Da kommen ungeahnte Kosten auf einen zu“, sagt Andreas Nachama, der als Vorsitzender der Allgemeinen Deutschen Rabbiner Konferenz und Vertreter des liberalen Judentums in Deutschland das Projekt mitunterstützt.

Stefan Ihrig wurde vertröstet und musste viele Fragen beantworten: Warum jetzt? Warum so viel Geld? Eine Million ist viel Geld, aber keine große Summe im Verhältnis zu dem Verlust, den der Verlust der Erinnerungen mit sich bringen würde.

Es wäre auch ein Verlust für die deutsch-jüdisch-israelische Freundschaft, die es inzwischen – dem Holocaust zum Trotz – wieder gibt. Die 1700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland waren geprägt von Verfolgung und Leid. Diese lange antisemitische Tradition war der Nährboden für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Es gab aber auch sie, die deutsch-jüdische Geschichte und Juden, die gern in Deutschland lebten. Viele waren stolz auf Deutschland, die deutsche Kultur und ihre deutsche Heimat. Auch noch in den 1930er-Jahren. Es waren Antisemiten, die die Trennlinie zwischen „dem Deutschen“ und „dem Juden“ erfanden und so ihre Vernichtungspolitik begründeten. Viele jüdische Bürger verließen Deutschland widerwillig und wurden auch erst durch die Verfolgung des Nationalsozialismus dazu gezwungen, über ihr Jüdisch-Sein nachzudenken. So war es beispielsweise bei Hannah Arendt.

In der Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft organisieren sich die „Jeckes“ in Israel bis heute. Sie unterstützte die Einwanderer zur Zeit des Nationalsozialismus und half ihnen bei der Orientierung in der neuen Heimat. Der Verein gibt Zeitungen heraus und hilft den Jeckes bei der Organisation ihrer Lebensaufgaben, zum Beispiel bei der Suche nach einem Altenheim. Und der Verein unterstützt das Jeckes-Museum, das die Erinnerungen der Vorfahren bewahrt. „Die Erinnerungen zeigen diese ganze Ambivalenz der deutschen Juden in Israel“, sagt Ruthi Ofek. Trotz der traumatischen Erfahrung des Nationalsozialismus hingen viele auch in Israel noch an der alten Heimat und ihrer Kultur. Die Jeckes halfen beim Aufbau des israelischen Staates, vermissten aber auch das Leben in Deutschland. Und sie prägten andererseits als Deutsche auch den jungen Staat Israel. So brachten die Jeckes das humanistische Bildungsideal mit, wie sich Israel Shiloni, der Gründer des Jeckes-Museums in den 1980er-Jahren, erinnert: „Erst durch die Repressionen der Nazis sind wir uns unserer jüdischen Kultur wieder bewusst geworden“. Und „Bis die Nationalsozialisten an die Macht kamen“, sagte er rückblickend, „hatte es eigentlich kein jüdisches Eigenleben mehr gegeben – wir waren Deutsche mit Herz und Seele.“

Israel Shiloni, ursprünglich Hans-Herbert Hammerstein und Gründer des Jeckes-Museums, wurde 1901 in Berlin geboren. Bei Gründung des Museum 1971 hieß er Israel Shiloni. Wenn einmal keine Jeckes mehr leben, dachte er, muss es einen Ort geben, der ihre Geschichte erzählt. Deutsche wie Israelis haben ihm viel zu verdanken. Mit Shilonis Tod 1996 wurde vielen schmerzlich bewusst: Irgendwann werden keine Zeitzeugen mehr leben. Nach dem Ersten Weltkrieg und unter dem Eindruck des wachsenden Zionismus hatte sich Hammerstein dieser Bewegung verschrieben. Bei einem ersten Versuch 1927 in „Eretz Israel“ Fuß zu fassen, lernte er seine erste Frau kennen. Die beiden kamen nach Deutschland zurück und Hammerstein arbeitete als Lehrer, unter anderem in Bonn. Hier leitete er 1934–1937 eine jüdische Schule. Die befand sich dort, wo heute das Bonner Juridicum steht. Mit der Gründung einer privaten jüdischen Schule



Archiv

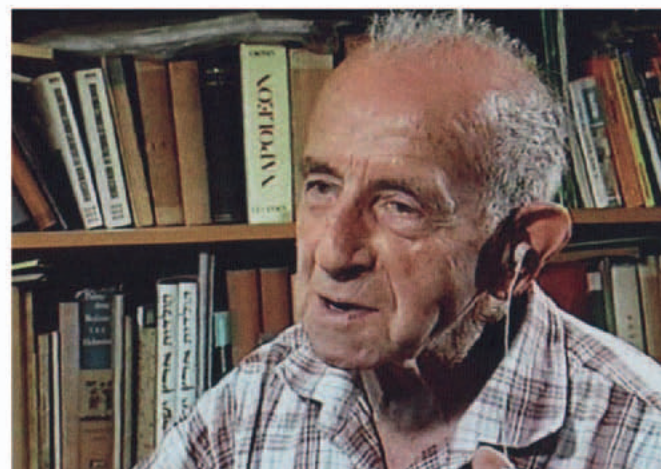
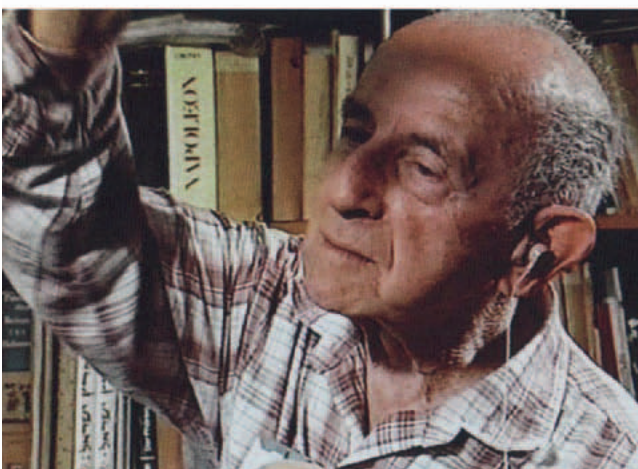
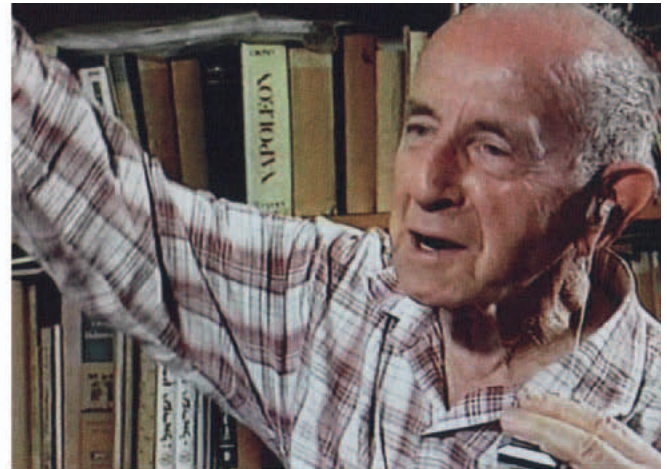
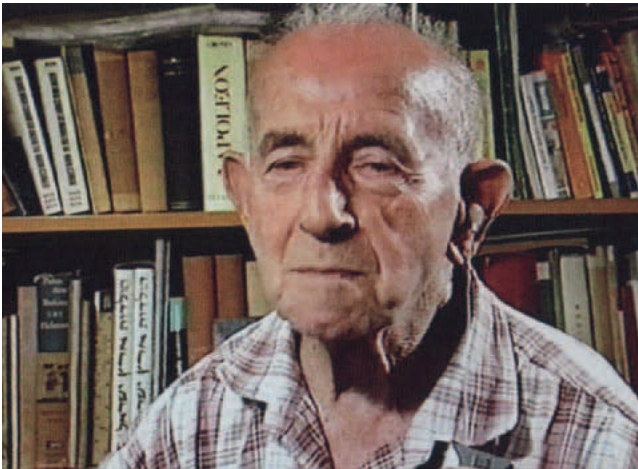


1934 wollte er seinen Schülern öffentliche Kränkungen und Demütigungen ersparen. Nach Hitlers Machtübernahme 1933 wurden die anti-jüdischen Gängeleien massiv. Hammerstein brachte seinen Schülerinnen und Schülern 1934 bei, dass sie stolz sein könnten auf ihre jüdische Herkunft und Religion. Er war ein kreativer und mutiger Mann. Gemeinsam organisierte er mit seinen Schülern im Klassenzimmer sogar Ausstellungen über jüdisches Leben. Der Musikunterricht stand „im Dienste der Ausgestaltung aller Schulferien, z. B. Chanukka, Purim etc.“, wie man in den Akten des Bonner Archivs zur Unterrichtsgestaltung nachlesen kann. Für den Naturkundeunterricht untersuchte man Bäume nahe der Schule, wie die Ahornbäume, deren Nachkommen noch heute dort stehen, oder er ging mit den Schülern an den Rhein, den Hammerstein liebte. 1937 dann verließ Hammerstein Bonn und wurde Lehrer in Stettin. Nach dem

9. November 1938 wurde er ins Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert und misshandelt. Weil er auswanderte und andere dabei unterstützte, gelang es ihm, der Vernichtung zu entkommen. Im Sommer 1939 floh er nach England, seiner Frau und den beiden Kindern gelang die rechtzeitige Flucht nicht mehr. Kurz nach Beginn des Krieges wurde die Stettiner Gemeinde nach Polen verschleppt. Dort wurde sie ausgelöscht – so auch die Familie Hammerstein. Hans-Herbert Hammerstein gelangte ohne seine Familie über das Dunera-Internierungslager in der australischen Wüste nach Palästina. Hier lernte er seine zweite Frau Miryam kennen, deren Namen „Shiloni“ er annahm. Den Namen „Israel“, den die Nationalsozialisten den deutschen Juden gegeben hatten, behielt er. Es wäre wohl zu schmerzhaft gewesen, den Namen „Hammerstein“ zu behalten, seinen deutschen Namen und Zeichen seiner deutschen Wurzeln. Bis in

die 1960er-Jahre lehnte Shiloni den Kontakt zu Deutschen ab. Dies berichteten mir Freunde Shilonis, wie Gideon Botsch, Historiker und Sohn von Jael Botsch-Fitterling, der in Berlin lebt. Dessen Vorfahren waren ebenfalls aus Deutschland nach Israel eingewandert, um der Verfolgung zu entkommen. Viele – wie Familie Botsch – kannten Shiloni und erinnern sich gut an ihn. Sie haben die Wandlung von Shilonis Verhältnis zu Deutschland noch miterlebt. In den 1980er-Jahren nahm er in Bonn an den Begegnungstagen teil und berichtete öffentlich über seine Erlebnisse: Nach 52 Jahren kehrte er zurück und traf seine ehemaligen Schüler wieder, die aus aller Welt nach Bonn gekommen waren.

Aber 1988 schreibt er in einem Brief an eine deutsche Bekannte: „Dass die Bundesrepublik unser Museum ignoriert, sogar bei ausgesprochenen Bildungsreisen, das ist katastrophal. Alle deutschen



Israel Shiloni

Botschafter waren schon bei mir und stets sehr beeindruckt, haben aber anscheinend auf die Heimat selbst keinen Einfluss ...“. Der Brief zeugt davon, dass Shiloni es mit seinem Museum ebenso schwer hatte wie die Jeckes bei ihrer Ankunft in Israel. Auch weil sie diesen Teil der Geschichte erzählen, sind die von ihm zusammengetragenen Erinnerungen so wertvoll. Sie erzählen nicht nur von der Zerrissenheit der Einwanderer zwischen ihrer alten Heimat Deutschland und der neuen Heimat Palästina. Sie zeigen die Schwierigkeiten nach der Einwanderung und helfen, ihre Identitätskonflikte verstehen, die mit den Problemen anderer Migranten vergleichbar sind. Die Lage der Jeckes aber war ganz besonders. Zur Nazi-Zeit in Deutschland zu „Fremden“ erklärt, mussten sie sich eine neue Existenz aufbauen. In Palästina begegnete man den deutschen Einwanderern unter anderem deshalb mit Vorurteilen, weil sie die deutsche Sprache, also die der NS-Täter, mitbrachten, erklärt Ofek. „Allein der Begriff ‚Jecke‘ bezeugt diese Konflikte: Osteuropäische Juden hatten ihn schon vor der NS-Zeit eingeführt und übernahmen ihn in Palästina, um die deutschen Juden als überheblich und arrogant zu beleidigen“, sagt Ofek. Der Spitzname „Jecke“ kam ursprünglich wohl daher, dass sie keine Kaftane, sondern Jacketts trugen und sich – so sagt man – weigerten, diese sogar bei größter Hitze abzulegen. Inzwischen ist der Begriff positiv konnotiert: Er steht für ihre geschätzten preußischen Tugenden wie Höflichkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit. Und der Beitrag der Jeckes zur Gesellschaft und Geschichte Israels, zur israelischen Kultur und Medienlandschaft wird allgemein gewürdigt.

Als sich Anfang 2021 abzeichnete, wie schwer es sein würde, das Jeckes-Museum zu retten, glaubten Ofek und Ihrig, dass man den Beitrag der Jeckes in Deutschland weniger schätzt als in Israel. Die deutschen Versprechen und Hoffnungen wirkten wie ein Hinhalten. Es schien ihnen, als würden das Jeckes-Museum und die Finanzierung durch Vertröstung fallen gelassen. Jeder wollte das Museum retten, jeder verwies auf einen anderen, der noch besser helfen konnte. Etliche Stiftungen wurden empfohlen. Und tatsächlich gab es viele, die sofort geholfen hätten: Vom Antisemitismusbeauftragten



Jeckes Museum

der Bundesregierung, Felix Klein, Antisemitismusbeauftragten Ludwig Spaehle, Bundestagsabgeordnete und Politiker fast aller Parteien bekundeten ihre Solidarität und kündigten auch konkrete Hilfe an. Michaela Engelmeier und viele andere Vertreter der Deutsch-Israelischen Gesellschaft wurden aktiv. Meine Bonner Arbeitsgemeinschaft setzte die Aktualität des Themas mit einer digitalen Gedenkveranstaltung um den 27. Januar und erinnerte an Israel Shiloni und das Jeckes-Museum gemeinsam mit Astrid Mehmel von der Gedenkstätte Bonn (die auch Erinnerungen an Shiloni bewahrt) und Ruthi Ofek via Zoom. Hans-Georg Soeffner vom DAAD-Beirat der Universität Haifa engagiert sich. Alle Unterstützer sind sich offenbar einig: Drei Millionen Euro für den Erhalt dieser so wichtigen Sammlung sollten keine unüberwindbare Hürde sein. Wo liegt bis heute das Problem?

Das Problem bei der Förderung durch die öffentliche Hand besteht darin, dass es sich um ein Museum zur deutsch-jüdischen Geschichte in Israel handelt. Aus bürokratischer Sicht vielleicht einleuchtend, aus historischer Sicht absurd. Die meisten Satzungen deutscher Stiftungen wie auch die Vorgaben von Privatspendern oder Politikern im Bundestag sehen lediglich eine Unterstützung von Projekten in Deutschland vor. Auch der Bundespräsident unterstützt die Rettung des Jeckes-Museums, wie mir sein Mitarbeiter in einem Brief versicherte, lehnt aber die

Schirmherrschaft ab. Ich kann das sehr schwer nachvollziehen. Aber es kann wohl nur das Außenministerium helfen und wird das Museum wohl auch weiterhin unterstützen und die langfristige Bewahrung sichern. Michelle Müntefering hat sich besonders für das Jeckes-Museum ins Zeug gelegt und wird sich auch weiterhin engagieren. „Was für ein Glück, dass es diese Sammlung gibt. Menschen aus Deutschland, die in Israel eine neue Heimat fanden – auch sie dürfen nicht vergessen werden. Ganz besonders im Festjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland ist es so wichtig, dass diese Geschichte eine Zukunft hat“, sagt sie. Ihrig und seine Kollegen hoffen auf zügige Zusicherung der restlichen zwei Millionen, damit die Erinnerungen langfristig bewahrt und mit akademischem Leben gefüllt werden können. Auch private Spendengelder helfen. Viele Formen der weiteren Zusammenarbeit könnten um die Sammlung entstehen. Das wäre in Israel Shilonis Sinne gewesen.

Es ist ein starkes Zeichen, dass mit der ersten Hilfe des Außenministeriums zumindest ein Anfang gemacht wurde. Vertrauen wurde nicht verspielt. Diese gute Nachricht in der traurigen Corona-Zeit tut gut. Ich freue mich darauf, diese Sammlung und Erinnerungen zu besuchen.

Nächstes Jahr in Haifa – sind Sie dabei?

Esther Gardei, DIG AG Bonn

Eilantrag zurückgewiesen:

# Niederlage

## für Nirit Sommerfeld, Andreas Zumach und den Ulmer Weltladen vor dem Landgericht Ulm

Das Landgericht Ulm hat Ende Mai ein von der Aktivistin Nirit Sommerfeld, dem Journalisten Andreas Zumach und dem Ulmer Weltladen e.V. angestrebtes einstweiliges Rechtsschutzverfahren gegen die Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. zurückgewiesen (n.rk) Die Antragsteller hatten versucht, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft bestimmte Aussagen über die sogenannten „Ulmer Friedenswochen“ zu verbieten.

Im Verbund mit Grüner Jugend, Jusos und anderen hatte die DIG-Arbeitsgemeinschaft Ulm in einer Email an potenzielle Teilnehmer und Mitveranstalter der Ulmer Friedenswochen darauf aufmerksam gemacht, dass die Ulmer Friedenswochen in der Vergangenheit als Plattform für die BDS-Bewegung genutzt worden seien. „Wir als lokale Arbeitsgemeinschaft der DIG sehen es als unsere Aufgabe an, hier vor Ort in der Region Ulm aktiv zu werden und einseitige antiisraelische Darstellungen mit Nähe zur BDS-Bewegung öffentlich zu thematisieren“, so der Vorsitzende der Ulmer AG Steffen Lutz. Der BDS stellt das Existenzrecht Israels in Frage und setzt sich dafür ein, Israel und seine Menschen zu boykottieren. Auch in Deutschland ist der BDS zunehmend präsent.

Die Antragsteller sahen sich durch die Email als BDS-Unterstützer diffamiert und versuchten zunächst die DIG strafbewehrt anwaltlich abzumahnen. Nachdem die DIG darauf nicht reagierte, strengten die Antragsteller das nunmehr erfolglose Gerichtsverfahren an. Dazu erklärt der DIG-Vizepräsident Philipp Butler Ransohoff, der das Verfahren für den Vorstand koordinierte: „Wir erleben in Deutschland zunehmend aggressiver werdende Versuche unsere Arbeit zu unterbinden und zu sabotieren. Dabei wird auch mit rechtlichen Mitteln versucht, uns den Mund zu verbieten. Die DIG wird sich davon nicht beeindrucken lassen und auch in Zukunft dort, wo es angezeigt ist, auf fragwürdige Inhalte hinweisen. Wenn nötig, verteidigen wir unsere wichtige Arbeit auch vor Gericht. Das Präsidium steht geschlossen hinter seinen Arbeitsgemeinschaften.“

Die Deutsch-Israelischen Gesellschaft wurde in dem Verfahren von RA Dr. Severin Riemenschneider, Media Kanzlei, Frankfurt a.M., anwaltlich vertreten.

Von Philip J. Butler Ransohoff, Vizepräsident der DIG



Tour de France 2020: Das Team Israel Start-Up-Nation stellt sich vor.

# Ein Tour-de-France-Sieger aus Israel?

## Über das Team „Israel Start-Up Nation“

**G**ewinnt ein Israeli bald die Tour de France? Der Radsport erfreut sich weltweit immer stärkerer Beliebtheit, neue Mannschaften sprießen aus dem Boden und der Profisport internationalisiert sich rapide. Neben den traditionellen europäischen Teams drängen neue Mannschaften auf die Bühne und ändern den Sport somit nachhaltig – neben den Golfstaaten und Kasachstan jetzt auch Israel.

2015 begann das Abenteuer des Teams „Israel Start-Up Nation“. In Tel Aviv von den Unternehmern Ron Baron und Sylvan Adams gegründet, hat die Mannschaft im vergangenen Jahr den Aufstieg in die erste Liga des Radsports geschafft. Dabei spielten deutsche und israelische Fahrer

von Anfang an gemeinsam eine Schlüsselrolle. Jetzt steht das Team vor dem finalen Durchbruch.

### Schwierige Anfänge, vielversprechende Zukunftsaussichten

Israel ist kein traditionelles Radsport-Land, und den dortigen Profis fehlt die etablierte Infrastruktur und Förderung, die es in den Mutterländern des Radsports in Europa gibt. Die Leistungsdichte ist nicht hoch und nur wenige israelische Radsportler sind international konkurrenzfähig. Mit Guy Sagiv, Itamar Einhorn, Omer Goldstein und Guy Niv hat „Israel Start-Up Nation“ die erfolgreichsten Sportler des Landes unter Vertrag. Diese vier können alleine allerdings mit der internationalen Elite

nicht um Siege mitfahren, weshalb sich das Team schnell internationalisiert hat. Der Radsport in dem kleinen Land steckt noch in die Kinderschuhen.

### Deutsche und israelische Fahrer als Säulen der Mannschaft

„Israel Start-Up Nation“ hat daher bereits im letzten Jahr auf drei führende deutsche Radsportler gesetzt: Klassiker-Spezialist Nils Politt (mittlerweile zurück beim deutschen Team Bora-Hansgrohe), einen der weltbesten Sprinter der letzten zehn Jahre, André Greipel, und Rick Zabel, Sohn des früheren Rekord-Sprinters Erik Zabel. Die spektakulärste Verpflichtung war allerdings die des Briten Chris Froome, viermaliger Tour-de-France-Sieger und nach

einem verheerenden Sturz 2019 noch auf dem Weg der Genesung. „Israel Start-Up Nation“ hat ambitionierte Pläne.

### Konkurrenzfähig zur Tour de France 2021

Im vergangenen Jahr nahm das Team erstmals am wichtigsten Radrennen der Welt teil – fuhr allerdings drei Wochen nur hinterher. Daher wurde die Mannschaft im Winter personell erheblich aufgestockt und neben Chris Froome mit Weltklassefahrern wie dem Kanadier Michael Woods, dem norwegischen Nachwuchstalent Carl Fredrik Hagen und dem südafrikanischen Allrounder Daryl Impey verstärkt. Das Ziel ist klar: Bei der Tour de France 2021 soll etwas Zählbares herauspringen. Bei Redaktionsschluss lag das Team nach den ersten Tourtagen auf Rang 22.

### Israel als großer Player im internationalen Radsport?

Die Gründer des Teams haben ehrgeizige Vorstellungen und wollen Israel langfristig als wichtigen Akteur im internationalen Rennsportzirkus etablieren. Diese Startup-Mentalität, mit der das Team aus Tel Aviv geführt wird, ist neu und erfrischend für den eher traditionellen Sport. Ein neuer Wind weht im internationalen Radsport – und das Jahr begann



André Greipel

gut: Der Däne Mads Würtz Schmidt erlangte beim Mehrtagesrennen Tirreno-Adriatico den ersten Sieg für das israelische Team in der Oberklasse des Radsports. Zudem hat der deutsche Sprinter André Greipel trotz bald 39 Jahren mehrfach seine Klasse aufblitzen lassen und seine Endschnelligkeit bewiesen. Auch wenn die große Hoffnung Chris Froome die in ihn gesteckten Erwartungen noch nicht erfüllen können – die Mannschaft ist stärker denn je und mittlerweile auf vielen Terrains konkurrenzfähig.

### Jetzt braucht es erfolgreiche Vorbilder

Es braucht große Erfolge auf der internationalen Bühne, um den Radsport im eigenen Land zu befeuern – Jan Ullrich hat durch seinen Tour-Sieg 1997 einen nie gekannten Boom in Deutschland ausgelöst, von dem der Radsport bis heute profitiert. Daraus entstand eine junge Generation von Radsportler wie Emmanuel Buchmann und Lennard Kämna, die zukünftig selbst um den Tour-Sieg mitfahren können.

Sollte den israelischen Radsportlern ebenfalls ein wichtiger Profi-Sieg gelingen, würde das den Radsport im Land nachhaltig stärken und junge Menschen dem Sport nahebringen. Dann gewinnt in absehbarer Zukunft vielleicht auch erstmals ein Israeli die Tour de France. Das Team dafür steht bereit.

Wenn Sie dieses Magazin in den Händen halten, wissen Sie mehr als ich. Die Tour des France rollt. Haben Sie einmal reingeschaut und auf die blau-weißen Trikots geachtet? Hat das israelische Team die Welt überrascht?

Vincent David Wolff

### Der Autor

Vincent David Wolff trainierte im Jugendalter im erweiterten Radsportkader des Landes Baden-Württemberg und sitzt seit 2019 im Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.



Chris Froome



# Angriff auf Israel – Angriff auf uns

14 Sonderseiten über eine neue Dimension von:

**Antisemitismus**

**Hass**

**Hilflosigkeit**

**Angst**

**Feigheit**

**Entschlossenheit**

**Solidarität**

**Hoffnung**



*„Zu sein ein freies Volk in unserem Land“*

*Hatikava, israelische Nationalhymne*

---

## Wir werden nicht wiedergeben

- die unflätigen, aggressiven und antisemitischen Ausfälle einer aufgehetzten Menge gegen Juden in Deutschland und gegen Israel
- die Märsche in Richtung Synagogen, die von der Polizei mühsam geschützt werden mussten
- die Rufe „vom Fluss zum Meer“ und ihre Bedeutung

## Es gilt ...

auf den kommenden Seiten die Ereignisse zu benennen, die Emotionen zu beschreiben, den von deutschen Straßen und Plätzen schamlos laut gewordenen Hass gegen Juden und Israel zu verarbeiten.

- Es begann am Israel-Tag, dem 10. Mai.
- Die israelische Polizei verbot Flaggenmärsche jüdischer Bürger zum Tempelberg.
- Die Organisation Nahalat Shimon forderte, einem historischen Gesetz entsprechend, die Rückübertragung von Eigentum im Ostjerusalemmer Stadtteil Sheikh Jarrah.
- Die Hamas reagierte mit Raketenbeschuss aus Gaza.
- Die IDF begann mit der Aktion „Guardians of the Wall“.
- In den kommenden Tagen wurden 4070 Raketen auf Israel geschossen, 610 davon gingen in Gaza zu Boden.
- Die Palästinenser meldeten 230 Tote, die Israelis 12.
- Die israelische Armee traf 800 Terrororte, darunter Tunnelnetzwerke und Abschussrampen.
- Ab dem 21. Mai galt „Ruhe im Gegenzug zu Ruhe“: Waffenstillstand

---

*„Eine nie dagewesene Eskalation“*

*Alon Meyer, Präsident TuS Makkabi*



„Frieden ist viel mehr wert als ein Stück Land“

Anwar-as-Sadat, ägyptischer Staatspräsident

---

# Und der Mob ist ...?

Wir wussten stets, dass sie da sind: die 5 Prozent Antisemiten, ihre Unerträglichkeiten immer weitergebend an die nächste Generation.

Wir wissen seit einigen Jahren, dass die neue Unerträglichkeit einen Namen hat: den der verhetzenden, holocaustleugnenden, antisemitischen AfD.

Wir wussten, und haben es nicht ernst genommen, dass seit 2015 auch junge, antijüdisch, antiisraelisch erzogene Männer ins Land kommen. Sie werden fremdbestimmt vom Mullah-Regime im Iran, von der Terror-Organisation Hamas, vom türkischen Staatspräsidenten Erdogan. An 11 Tagen im Mai haben sie ihre Wut, ihre Aggression, ihren Hass erstmals und massiv bei uns ausgelebt: auf deutschen Straßen, vor Synagogen, bei Demonstrationen.

# Was können wir tun?

---

„Mit neuneinhalb Monaten auf der ersten Kundgebung. Wir waren heute am Kornmarkt, damit er als junger Jude aufwachsen kann, ohne gehasst zu werden“.

André Freud, Geschäftsführer Jüdische Gemeinde Nürnberg, über eine pro-israelische Kundgebung

„Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist“

David Ben Gurion, Staatspräsident

Frankfurt



Foto: Isabel Gathof

Und dann, weiterhin in alarmierendem Rot, wären da noch jene, die den ideologischen Unter- Über? bau für die Straße liefern. 200 Intellektuelle formulieren, wie es die Berliner Zeitung etwa sagt, eine „zeitgemäße Definition“ von Antisemitismus. Holocaust-Forscher, Wissenschaftler, Publizisten erklären, dass es keinen israelbezogenen Antisemitismus gibt. So sei der Hinweis auf die „systematische und rassistische Diskriminierung der Palästinenser“ nicht antisemitisch. Zeitgemäß? 1968 ... wie es Uwe Becker, der DIG-Präsident, jetzt in einem Beitrag der Jüdischen Allgemeine anklingen lässt.

„Diese abscheuliche Hass-Demonstration wird verboten“

Uwe Becker, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, über die martialische Ankündigung einer Demonstration

„Der Antisemit weiß heute so klar, wie schon lange nicht mehr, dass er Beifall bekommt“

Levi Israel Ufferfilge, Direktor Jewish International School, Berlin

Münster



Impressionen aus Berlin

DIG-Generalsekretärin Michaela Engelmeier mit dem Antisemitismusbeauftragten des Saarlandes, Prof. Dr. Roland Rixecker, Mitglied der DIG

„Sch ... Juden“: der Mob in Gelsenkirchen – „From the river to the sea“: der Mob in Frankfurt

*„Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen“*

Theodor Herzl

Rathaus Schöneberg, Berlin



Foto: Stefan Krikowski

„Solidarität mit Israel, Ächtung des Hamas-Terrors gegen die Zivilbevölkerung des demokratischen Staats Israel! Hoffnung machende Reden von Olaf Scholz, Christine Lambrecht, Christian Lindner, Rainer Hoffmann und Cem Özdemir, 1500 Menschen auf dem Pariser Platz! Großartig“, Michaela Engelmeier, Generalsekretärin der DIG



*„Was unterscheidet diese Nacht von allen anderen Nächten?“*

Aus der Pessach-Haggada

„Nein, Sie sind es nicht alleine und auch ohne die AfD gäbe es Hass, Rassismus und Antisemitismus in unserem Land. Sie helfen aber dabei, diesen auf die Straßen, Wege und Plätze wie auch in die Wohnzimmer und Salons unseres Landes zu tragen und Hass, Rassismus und Antisemitismus gesellschaftsfähig zu machen.“

DIG-Präsident und Hess. Antisemitismusbeauftragter Uwe Becker zur AfD

Das, was in Israel geschah, wurde exportiert.  
Auch nach Deutschland. Sichtbar, getreten, gehisst: die Flagge.

## ISRAELISCHE FLAGGEN IN BONN UND MÜNSTER ANGEZÜNDET

Empörung wegen Verbrennung israelischer Flaggen in Deutschland

### DIE FLAGGEN-AFFAIRE VON HAGEN

In einer umfassenden Dokumentation beschreibt die Jüdische Gemeinde Hagen chronologisch, wie Bürgermeister, Polizei, Medien und Ortsprominenz auf das Einholen der israelischen Flagge reagierten. Was eine Geste der Solidarität sein sollte, gibt Anlass zum Fremdschämen.

Angriff auf israelische Fahne am Nordhäuser Rathaus/Israelfahne vom Neubrandenburger Rathaus gestohlen/Freiburger Rathaus hisst Flaggen von Israel und Tel Aviv – ein „direkter Bezug zu den aktuellen Ereignissen in Israel besteht nicht“.

In Deutschland steht das Verbrennen ausländischer Flaggen unter Strafe, wenn es sich um „eine auf Grund von Rechtsvorschriften oder nach anerkanntem Brauch öffentlich gezeigte Flagge eines ausländischen Staates handelt“ (§104 StGB). Auch das Beschädigen ausländischer Flaggen oder solchen welche zum Verwechseln ähnlich aussehen, ist seit dem 24. Juni 2020 strafbar.

„Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und darauf vertrauen, dass es einfach weitergeht ... Wir müssen uns fragen, was wir tun können, um die israelisch-deutsche Freundschaft weiter zu vertiefen und in unseren Gesellschaften zu verankern.“

Joachim Gauck, Bundespräsident

*„Im Nahen Osten wird es nur dann Frieden geben, wenn die Araber ihre Kinder mehr lieben, als sie Israel hassen“.*

*Golda Meir, israelische Ministerpräsidentin*

---



Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes,  
Vorsitzende des Arbeitskreises gegen Antisemitismus  
und Mitglied der DIG

„Jahrelang hat die EU den schwelenden Nahost-Konflikt vom außenpolitischen Radar verloren. Wissend, dass nichts geklärt ist zwischen Israel und Palästina.“

„Es ist längst Zeit, dass Europa politische Verantwortung übernimmt und aufhört, sich im politischen Windschatten der USA wegzuducken“

„Die EU Staats- und Regierungschefs müssen den Konflikt zur Chefsache machen und als politischen Aufschlag eine Friedenskonferenz einberufen, mit der Arabischen Liga und dem Nahost-Quartett am Tisch.“

---

*„Und täglich grüßt die Gewaltspirale: Die Berichterstattung deutscher Medien zum Beschuss Israels durch die Terrororganisation Hamas ist empörend“*

*Daniel Killy, Autor und Journalist*

*„Es geht hier um einen Antisemitismus, den ich mir nicht vorgestellt habe, nach 1945 noch einmal erleben zu müssen.“*

*Charlotte Knobloch, ehemalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland*

---



Erstmals eingeladen: die DIG als Gast der Bundespressekonferenz

## **„Raketen auf Israel, antisemitische Demos auf unseren Straßen – welche Antworten jetzt gegeben werden müssen“**

Alexander Graf Lambsdorff, MdB, Uwe Becker, Präsident der DIG e.V.  
und Remko Leemhuis, Direktor AJC mit deutlichen und klaren Statements für Israel  
und gegen den Raketenterror der Terrororganisation Hamas!

---

*„Und so begann es. Geht es weiter, könnte es, – ginge es nach mir –  
weitergehen auf ewig.“*

*Der Schriftsteller Marko Martin über seine ersten Aufenthalte in Tel Aviv*



# Solidarität mit Israel – Gegen jeden Judenhas auf deutschen Straßen!

22.05.2021 - 15 Uhr  
Berliner Platz (Gießen)

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft e. V. (DIG) Gießen ruft gemeinsam mit zahlreichen Kooperationspartnern zur Solidarität mit Israel auf. Angesichts der jüngsten antisemitischen Übergriffe ist jetzt eine unbedingte Unterstützung von jüdischem Leben bundesweit notwendig. Als Antwort auf die Raketenangriffe der Hamas auf Zivilisten in Israel muss die Stadt Gießen ihre uneingeschränkte Solidarität mit der Partnerstadt Netanya und dem jüdischen Staat ausdrücken.

Die flächendeckenden Raketenangriffe auf die israelische Bevölkerung sind ein Kriegsverbrechen. In dieser Frage gibt es keine zwei Meinungen: unsere Stadt Gießen muss unverrückbar an der Seite Israels stehen. Unsere Freundinnen und Freunde in Netanya und in allen anderen Städten oder Regionen Israels brauchen jetzt unsere volle Unterstützung.

In vielen Städten, darunter Frankfurt am Main, Münster, Stuttgart und Berlin, hat die Kommunalpolitik symbolisch reagiert. Vor deutschen Rathäusern weht die blau-weiße Fahne des jüdischen Staates.

Gegenwärtig erlebt Israel den größten Gewaltausbruch seit dem Gaza-Krieg 2014. In einem internationalen Machtkampf profiliert sich die Hamas mit großflächigem Raketenterror gegen Israel. Ohne Unterstützung des iranischen Regimes wäre dies undenkbar. Der Beschuss aus Gaza kostete etliche Menschen das Leben. Der Terror der Hamas zielt ausdrücklich auf zivile Opfer in Israel. Auch die bewusste Inkaufnahme von Opfern unter der Zivilbevölkerung des Gazastreifens gehört zur perfiden Strategie des islamistischen Terrors der Hamas. Zum Ende des islamischen Fastenmonats Ramadan versteht sie es, die Konflikte in Jerusalem religiös aufzuladen. Inzwischen brennen jüdische Geschäfte und Synagogen innerhalb und außerhalb von Israel. Weltweit identifizieren antisemitische Akteure jüdische Gemeinden mit Israel und greifen diese an – auch in Deutschland.

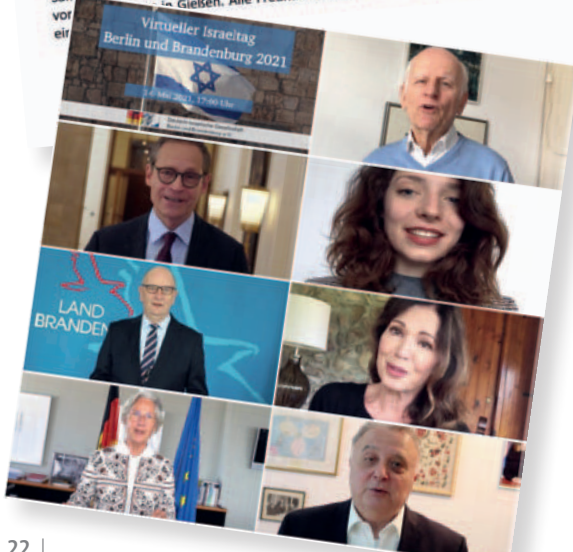
Als Ausdruck der Solidarität mit Israel sowie mit allen Jüdinnen und Juden in Deutschland organisiert die Deutsch-Israelische Gesellschaft Gießen gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern am Samstag, den 22. Mai 2021, um 15:00 Uhr eine Solidaritätskundgebung auf dem Berliner Platz in Gießen. Alle Freundinnen und Freunde Israels sind herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Vorläufige Liste der Rednerinnen und Redner der Kundgebung:

- Lawrence de Donges Amis-Amiss, Präsident der Deutsch-Englischen Gesellschaft (DEG) und Mitglied der jüdischen Gemeinde
- Uwe Becker (Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V., Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Bürgermeister und Kämmerer der Stadt Frankfurt am Main)
- Michaela Engelmeier (Generalsekretärin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V., eh. Mitglied des Deutschen Bundestages)
- Prof. Dr. Heige Braun (MdB, Bundesminister für besondere Aufgaben/ Chef des Bundeskanzleramts, CDU)
- Joachim Fontana (Vorsitzender der AG Gießen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V.)
- Dow Aviv (Vorstand Jüdische Gemeinde Gießen)
- Marion Balsler (Vorsitzende des Partnerschaftsvereins Gießen-Netanya e. V.)
- Randy Uelman (CDU Stadt Gießen)
- Alexander Wright (Bündnis 90/Die Grünen Gießen)
- Frank-Thilo Becher (MdB, SPD)
- Sacha Stawski (Vorsitzender von Honestly Concerned e.V. und ILI – I Like Israel e.V.)
- Dr. Dorothea von Ritter-Röhr
- Domink Erb (Stadtverband FDP Gießen)
- Dietlind Grabe-Bolz (Oberbürgermeisterin Universitätsstadt Gießen, SPD)

Moderation: Matthias Körner (Geschäftsführer der DGB-Region Mittelhessen)

AG Gießen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e. V.	Honestly Concerned e.V.
Antifaschistische Bildungsinitiative e.V.	ILI - I LIKE ISRAEL e.V.
Ausländerbeirat Stadt Gießen	Jüdische Gemeinde Gießen
Bündnis 90/Die Grünen Gießen	Jusos Gießen
CDU Stadt Gießen	Kurdische Gemeinde Deutschland e. V.
Deutsch-Englische Gesellschaft Gießen e. V.	Partnerschaftsverein Gießen-Netanya
DGB-Region Mittelhessen	SPD Stadt Gießen
FDP Stadt Gießen	Zionistische Organisation Deutschland e.V.







DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.  
Arbeitsgemeinschaft Bayreuth-Oberfranken

### Pressemitteilung

21. Mai 2021

## Stadt Bayreuth setzt kein Zeichen gegen Hass und Aufruf der DIG Bayreuth-Oberfranken verhält un

Angesichts der jüngsten antisemitischen Ausschreitungen in Deutschland massiven Raketenangriffe der radikalislamischen Hamas rief die Deu Gesellschaft (DIG) Bayreuth-Oberfranken den Oberbürgermeister und zur Solidarität mit Israel auf und forderte ein Zeichen des Bekenntnisses jüdischen Staat.

Zu diesem öffentlich wahrnehmbaren Zeichen sah sich bisher keine der des Bayreuther Stadtrates in der Lage. Einzig Oberbürgermeister Thoma Ebersberger artikuliert in einer persönlichen Erklärung seine Solidarität mit Staat Israel.

Der Vorsitzende der DIG Bayreuth-Oberfranken Robert Eichler zeigte sich „Die Stadträtinnen und Stadträte verstecken sich in ihrer aktuellen Stadtrat hinter Verfahrensfragen und Regularien, um ein klares Bekenntnis zu vermeiden. Dieses Verhalten ist beschämend und kann in einer Stadt mit der Geschichte Bayreuths nur als Trauerspiel bezeichnet werden“ so Eichler weiter. „Die Fra des Stadtrates ließen es durch ihr Desinteresse so weit kommen, dass allein Ratsmitglieder der AfD den Aufruf der Deutsch-Israelischen Gesellschaft für unterstützungswert hielt - insgesamt ein verheerendes Signal!“ konstatiert er.

In vielen deutschen Städten dagegen haben sich Kommunalpolitiker und Stadtratsfraktionen spontan und ohne formale Bedenken mit Vertretern der Zivilgesellschaft öffentlich an die Spitze von Solidaritätskundgebungen für Israel dessen Bürgerinnen und Bürger gestellt. Vor vielen deutschen Rathäusern weht in diesen Tagen die blau-weiße Fahne des jüdischen Staates. In Bayreuth nicht.

„Wir finden es unverantwortlich, dass die Bayreuther Politik immer noch zögert, sich dem Beispiel vieler fränkischer Städte anzuschließen, ein klares Zeichen der Solidarität mit dem jüdischen Staat zu setzen.“

# GEGEN JED ANTISEMISITIS

## We stand with Israel

63,27% - Ich will die Heimat neu entdecken

98,73% - Nach mehr als einem Jahr zieht es mich in die Ferne

Frage heute: Soll die EU die Corona-Flichtigen aufnehmen?  
[www.suedkurier.de/umfrage](http://www.suedkurier.de/umfrage)

### KUNDGEBUNG

Do, 20. Mai 2021 // 17-30 Uhr // HEUMARKT

Israel steht seit dem 10. Mai 2021 wieder einmal unter dauerhaftem Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen. Reichweite und Zerstörungskraft dieser Raketen bedrohen israelische Zivilist:innen nicht nur in der unmittelbaren Umgebung des Gazastreifens, sondern auch im Norden und in der Mitte des Landes.

Deutschland muss der Schutz für jüdische Einrichtungen und Synagogen sowie für jüdische Friedhöfe, die an die nationalsozialistische Verfolgung der Jüdinnen:Juden erinnern, massiv erhöht werden.

Die aktuellen Situationen sind unerträglich.

Die Raketen der Hamas sind auf die israelische Bevölkerung gerichtet. Das Ziel der Hamas ist die Auslöschung Israels und die Ermordung dort lebenden Jüdinnen:Juden. Das hat sie schon genug formuliert – zuerst in ihrem Gründungsmanifest und danach bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Finanziert werden die Aktionen der Hamas vor allem vom iranischen Regime im Iran, mit dem die EU und die USA derzeit über die Aufhebung der Sanktionen verhandeln.

Die Kirchen zogen vor wenigen Tagen öffentlich junge Männer mit israelischen und türkischen Fahnen durch die Stadt zur Synagoge und bekundeten dort ihren Antisemitismus mit antisemitischen „Scheiß-Juden!“-Rufen. In Bonn

wurde die Eingangstür der Synagoge in Düsseldorf massiv beschädigt. In Düsseldorf wurde die Synagoge verbrannt. In Düsseldorf wurde die Synagoge verbrannt. In Düsseldorf wurde die Synagoge verbrannt.

Am vergangenen Wochenende fanden in zahlreichen weiteren Städten wie Hamburg und Frankfurt unter dem Motto der „Palästina-Solidarität“ antisemitische Demonstrationen statt, deren Teilnehmer überwiegend einen islamistischen Hintergrund hatten. Neben der Dämonisierung des jüdischen Staates in Parolen wie „Kindermörder Israel!“ wurde mit der Vernichtung Israels gedroht („From the river to the sea – Palestine will be free“) und die Schoah relativiert („Stoppt den Holocaust in Gaza“).

Die Bundesregierung beteuert regelmäßig in Sonntagsreden, die Sicherheit Israels sei Deutschlands Sicherheit. Warum unterstützt sie dann regelmäßig in internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen antisemitische Beschlüsse, statt Solidarität mit dem jüdischen Staat zu zeigen?

Solidarität mit den Jüdinnen:Juden in Deutschland und Israel und weltweit!

Antifa CGN  
Bündnis gegen Antisemitismus Köln  
Deutsch-Israelische Gesellschaft AG Köln  
Königliche Gesellschaft für Chr.-Jüd. Zusammenarbeit e.V.

## 4 POLITIK

### DEUTSCHLAND

**BAYERN**  
**Bei Inzidenz unter 50 wieder Präsenzunterricht**  
In bayerischen Regionen mit einer stabilen Sieben-Tage-Inzidenz unter 50 sollen nach den Vorgaben der Bundesregierung wieder Präsenzunterricht mit Test- und Maskenpflicht. Das teilte Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Dienstag mit. Bei Werten zwischen 50 und 105 gilt es auch nach der 7. Juni demnach Wechselunterricht. (dpa)

**SACHSEN**  
**Linke Gruppe bekenn sich zu Anschlag**  
Eine linksautonome Gruppe schlug auf das Goethe-Institut in der griechischen Stadt Thessaloniki ein. Die Gruppe, die sich als „Anarcho-Revolutionäre“ bezeichnet, verurteilt die Tat als „Anschlag auf die Freiheit“. Die Gruppe fordert die Verhaftung der Täter. (dpa)

**TURKEI**  
**Urteil wegen Verletzung der Menschenrechte**  
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Türkei wegen Verletzung der Menschenrechte von zwei Journalisten verurteilt. Die beiden waren in Untersuchungshaft gehalten worden, nachdem sie sich als Kritiker der türkischen Regierung und des damaligen Energieministers und Schwiegerverwandten des türkischen Präsidenten Erdogan öffentlich geäußert hatten. (epa)

**ZWEIFTE ANFRAGE**  
**FDP-Politiker unterstützen Steinmeier**  
Die FDP-Politiker unterstützen Steinmeier als Kanzler. Die FDP-Politiker unterstützen Steinmeier als Kanzler. Die FDP-Politiker unterstützen Steinmeier als Kanzler.

**ONLINE HEUTE**  
**MEINUNG**  
Abstimmung vom 17.05.2021. Baken oder Boden. Wo zieht es Sie hin? 63,27% - Ich will die Heimat neu entdecken. 98,73% - Nach mehr als einem Jahr zieht es mich in die Ferne. Frage heute: Soll die EU die Corona-Flichtigen aufnehmen? [www.suedkurier.de/umfrage](http://www.suedkurier.de/umfrage)

**LEUTE** in der Politik  
**Zum dritten Mal gewählt**  
Malu Dreyer, 60, SPD-Politikerin, ist zum dritten Mal zur rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin gewählt worden. Sie erhielt auf Anhieb 55 der 101 Stimmen. Über 800.000 Wahlberechtigte vergaben ihre Stimmen bei der Wahl. (epa)

**HALLE/NEZ** - Unter dem Motto „We stand with Israel“ sind am Dienstag laut Schätzung der Polizei rund 200 Teilnehmer auf dem Rosa-Luxemburg-Platz zusammengekommen. Zu der Solidaritätskundgebung für Israel hatte das Bündnis gegen Antisemitismus Halle aufgerufen. (epa)

# Wenn die Angst zum Begleit

➤ Sind jüdische Synagogen in der Region in Gefahr?  
➤ Wie Juden antisemitische Proteste erleben

VON MIRIAM MOLL  
[miriam.moll@suedkurier.de](mailto:miriam.moll@suedkurier.de)

**Konstanz/Stuttgart** - Brennende Flaggen, eingeworfene Scheiben von Synagogen, Schmierereien an den Wänden. All das erinnert an die deutschen Gestapo-Verbrechen in der jüdischen Geschichte. Die jüdische Gemeinde sieht sich schmerzhaft daran erinnert. Banti-Gesetze sind ein Zeichen der Angst vor antisemitischen Mord. „Vor allem die jüdischen Gemeinden in der Region sind in Panik.“ Der Konstanzer Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, der auch Vorsitzender der jüdischen Religionsgemeinschaft Baden-Württemberg ist, ist in Konstanz. Die aktuellen Übergriffe auf Synagogen unter anderem in Mannheim, aber auch in der Region wie in Freiburg, sind Steinewerfungen, beschwerliche Steine werfen wurden, beschwerliche Steine werfen wurden, beschwerliche Steine werfen wurden. (epa)

**„Das macht mich wütend und verzweifelt.“**  
Ruth Frenk, liberale jüdische Gemeinde, Konstanz

Der Landesbeauftragte gegen Antisemitismus, Michael Blume, spricht von starkem Anstieg antisemitischer Aktivitäten vor allem in Stuttgart, Freiburg und Mannheim. „Dort vermischen sich „migrantischer Antisemitismus“ mit „antisemitischer Palästina-Propaganda.“ (epa)

**„Das macht mich wütend und verzweifelt.“**  
Ruth Frenk, liberale jüdische Gemeinde, Konstanz

**„Das macht mich wütend und verzweifelt.“**  
Ruth Frenk, liberale jüdische Gemeinde, Konstanz

**„Das macht mich wütend und verzweifelt.“**  
Ruth Frenk, liberale jüdische Gemeinde, Konstanz



Solidarität mit Israel: In Freiburg im Breisgau sind an Christi Himmelfahrt rund 200 Menschen auf die Straße gegangen. Sie zogen mit israelischen Fahnen durch die Stadt zum Platz der Altan Synagoge, wo eine Abschlusskundgebung stattfand. (epa)

## Meinungen zu wachsendem Antisemitismus

habe sich auch nicht an den jüngsten Demonstrationen beteiligt. „Das bedeutet aber nicht, dass von ihnen kein Engagement ist.“ Und doch ist die Angst ein ständiger Begleiter. Seit dem 10. Oktober 2019, als ein Rechtsextremist in der jüdischen Gemeinde in Konstanz ein Synagogen einmündigen mit dem Ziel, dort möglichst viele Menschen umzubringen, weil das mislingt, fliehen ihn dort. (epa)

**„Das macht mich wütend und verzweifelt.“**  
Ruth Frenk, liberale jüdische Gemeinde, Konstanz

**„Das macht mich wütend und verzweifelt.“**  
Ruth Frenk, liberale jüdische Gemeinde, Konstanz

**„Das macht mich wütend und verzweifelt.“**  
Ruth Frenk, liberale jüdische Gemeinde, Konstanz

**„Das macht mich wütend und verzweifelt.“**  
Ruth Frenk, liberale jüdische Gemeinde, Konstanz

**Schutz für jüdische Bevölkerung:** Bis Ende der 1990er Jahre stieg die Zahl der jüdischen Einwohner in Deutschland auf über 200.000 an. Heute sind es nur noch etwa 100.000. (epa)

**Zwischenfall in Südwestfalen:** Am Wochenende wurden Menschen von der Straße des Nahost-Konflikts auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Bonn vertrieben. (epa)

**Niederlassens Erlaubnis:** Die jüdische Gemeinde in Konstanz hat ein Synagogen einmündigen mit dem Ziel, dort möglichst viele Menschen umzubringen, weil das mislingt, fliehen ihn dort. (epa)

**Keine strafrechtlichen Folgen**  
Ulrike Hülken, 66, ehemalige rheinland-pfälzische Umweltministerin, ist von der FDP als Abgeordnete in den Bundestag gewählt worden. (epa)

**„Die Juden gehören zu“**  
Bereit der Leopoldina bereits vor 1000 Jahren eine jüdische Gemeinde gab. „Die Juden gehören zu Halle“, sagte er und warb zugleich für „Verständigung und Vernunft“. (epa)

## Solidarisierung mit Israel

KUNDGEBUNG Zahlreiche Menschen zeigten auf dem Rosa-Luxemburg-Platz Flaggen gegen Antisemitismus und sprachen sich für jüdisches Leben aus - gerade in Halle



Gerald Dudacy und Roswitha Erhardt zeigten sich solidarisch mit Israel.

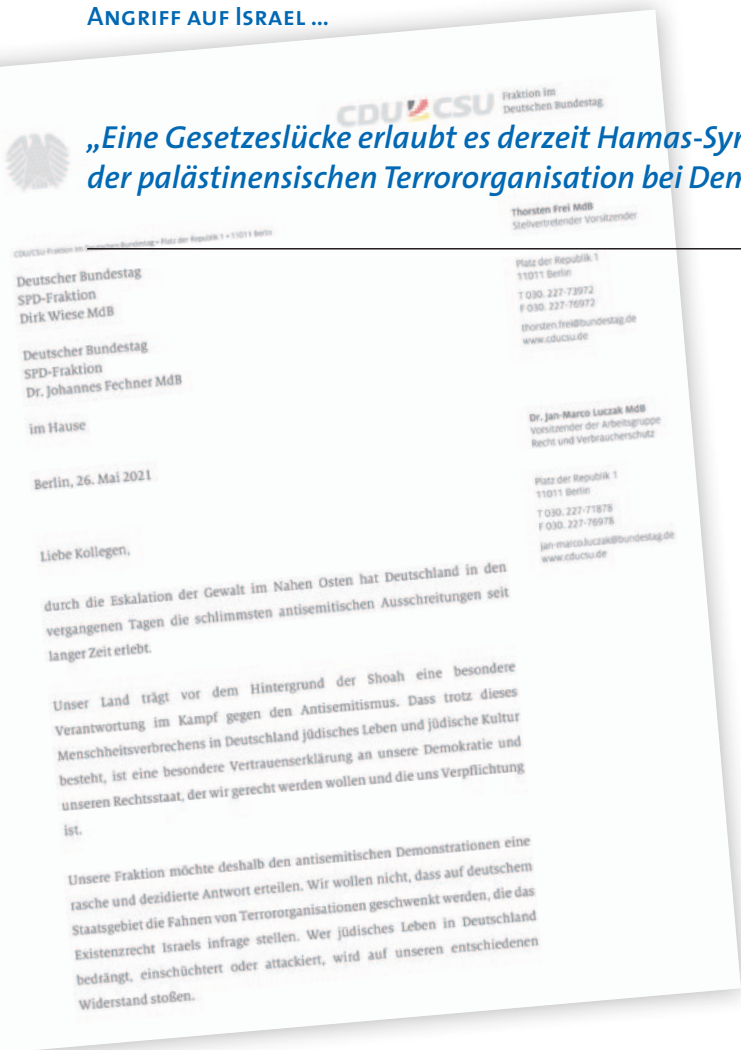
**„Die Juden gehören zu“**  
Bereit der Leopoldina bereits vor 1000 Jahren eine jüdische Gemeinde gab. „Die Juden gehören zu Halle“, sagte er und warb zugleich für „Verständigung und Vernunft“. (epa)

## Keine strafrechtlichen Folgen

Ulrike Hülken, 66, ehemalige rheinland-pfälzische Umweltministerin, ist von der FDP als Abgeordnete in den Bundestag gewählt worden. (epa)

**„Die Juden gehören zu“**  
Bereit der Leopoldina bereits vor 1000 Jahren eine jüdische Gemeinde gab. „Die Juden gehören zu Halle“, sagte er und warb zugleich für „Verständigung und Vernunft“. (epa)

**„Die Juden gehören zu“**  
Bereit der Leopoldina bereits vor 1000 Jahren eine jüdische Gemeinde gab. „Die Juden gehören zu Halle“, sagte er und warb zugleich für „Verständigung und Vernunft“. (epa)



**„Eine Gesetzeslücke erlaubt es derzeit Hamas-Sympathisanten, die Symbole und Flaggen der palästinensischen Terrororganisation bei Demonstrationen in Deutschland zu zeigen.“**

Die Welt, 22. Mai 2021

Es ist nicht möglich, ausländische Organisationen zu verbieten. Was wir tun können: Jedwede Aktivität dieser Terrororganisationen auf deutschem Boden verbieten. So ist die BDS-Kampagne zwar durch die Antisemitismusforschung als antizionistisch definiert und der Bundestag folgt dieser Definition, indem er Boykottaufrufe gegen Israel, israelische Produkte und Menschen verurteilt, aber – „Boykott, Divestment und Sanktionen“ (BDS) ist nicht verboten.

**Und die Hamas?**

In einem Schreiben an seinen Kollegen von der SPD-Fraktion im Bundestag schlägt Thorsten Frei, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion vor:

„Wir möchten den antisemitischen Demonstrationen eine rasche und dezidierte Antwort geben. Wir wollen nicht, dass auf deutschem Staatsgebiet die Fahnen von Terrororganisationen geschwenkt werden, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen.“

Ein Verbot des Verwendens etwa der Fahne der Hamas können wir kurzfristig durch das Ändern des Paragraphen 86 im Strafgesetzbuch realisieren“.

**Und plötzlich ging alles ganz schnell: Ende der 24. KW einigte sich die Bundestagskoalition auf der Basis einer Formulierungshilfe. In der Zusammenfassung heißt es:**

**Der Entwurf sieht die Erweiterung der Strafbestände des Verbreitens von Propagandamitteln und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen nach §§ 86 und 86a StGB auf terroristische Organisationen vor. Damit steht das Verbreiten von Propagandamitteln sowie das Verwenden von Kennzeichen terroristischer Organisationen, die von der Europäischen Union entsprechend gelistet sind, auch dann unter Strafe, wenn ein nationales Vereinsverbot nicht besteht.**

**Der Entwurf ist unterschriftsreif.**

**Wir werden auf deutschen Straßen keine Hamasflaggen mehr sehen.**

**Ein kleiner Schritt. Aber wichtig für uns alle.**

**„Berlin lag am Mittelmeer“**



Ein Verbot des Verwendens etwa der Fahne der Hamas können wir kurzfristig durch eine Änderung des Paragraphen 86 Strafgesetzbuch realisieren. Einen entsprechenden Regelungsvorschlag, der noch in dieser Legislaturperiode Gesetz werden könnte, fügen wir diesem Schreiben bei.

Unsere Fraktionen haben 2018 gemeinsam den Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ initiiert, der einen umfassenden Katalog sowohl mit präventiven als auch repressiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus entwickelt.

Wir würden uns sehr herzlich freuen, wenn wir nach den Ausschreitungen der vergangenen Tage gemeinsam ein weiteres klares Zeichen an unsere jüdischen Bürgerinnen und Bürger senden könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Thorsten Frei MdB  
Dr. Jan-Marco Luczak MdB

Katja Behling, Autorin über das Exil in Snary-sur-Mer

*Generalmajor Doron Almog, ein legendärer Offizier der israelischen Armee, sagte vor wenigen Tagen in einem Gespräch mit der DIG:*

„Wir haben die „Metro“ ( Hamas-Tunnel) zerstört. Wir haben die Infrastruktur der Hamas-Anführer eingerissen. Aber täuschen wir uns nicht: Der Iran wird die Wiederaufrüstung der Terrororganisation unterstützen. Der nächste Angriff auf Israel kommt, die nächste Welle bleibt nicht aus.“

## Überspült sie wiederum Europa?

*Die israelische Nationalhymne heißt Hoffnung:*

### Die Hoffnung

Solang noch im Herzen drinnen,  
Eine jüdische Seele wohnt.  
Und nach Osten hin, vorwärts,  
Das Auge nach Zion blickt.  
Solange ist unsere Hoffnung nicht verloren,  
die Hoffnung, zweitausend Jahre alt,  
„Zu sein ein freies Volk, in unserem Land,  
im Lande Zion und in Jirushalajim“

*Während der Arbeit an dieser letzten der Sonderseiten bildete sich in Israel eine Links-Rechts-Koalition aus acht Parteien, führt Naftali Bennett von der Partei Jamina (das Bündnis) mit dem Plan, in zwei Jahren von Yair Lapid von der Zukunftspartei abgelöst zu werden. Zudem wird Izchak Herzog als neuer Präsident gewählt. Wie immer gilt: Quo Vadis, Israel?*

Anders als andere Streitkräfte:

## Eine moralische Armee

### Die IDF und die Vermeidung ziviler Opfer

*Die Hamas, der Islamische Jihad, gelegentlich auch deutsche Leitmedien, vermitteln das Bild einer rücksichtslosen israelischen Armee, die bedenkenlos Zivilisten tötet. Mit der Wahrheit hat das freilich nichts zu tun. Tatsächlich hat die IDF ein weltweit einmaliges System entwickelt, das zivile Opfer im Krieg gegen den Terror verhindern soll. Manchen Experten geht das fast zu weit.*

„Kindermörder Israel!“ schallt es dieser Tage einmal wieder auf deutschen Straßen. Antisemiten verbreiten den Mythos des rachsüchtigen und Kinder mordenden Juden. Israel werfen sie vor, gezielt Zivilisten, besonders Frauen und Kinder, zu töten. Das Gegenteil ist der Fall. Vor dem Angriff auf ein Ziel aus der Luft oder per Artillerie führt die IDF ein teils langwieriges Procedere durch, um zu verhindern, dass Unschuldige zu Schaden kommen. Die Vorsichtsmaßnahmen, die dabei zur Anwendung kommen, überschreiten das völkerrechtlich erforderliche Mindestmaß bei weitem. Oft liegt der Schwerpunkt jeder Operation so eindeutig auf der Vermeidung ziviler Opfer, dass die israelischen Verteidigungsstreitkräfte weitreichende militärische Nachteile in Kauf nehmen.

#### Ein vielschichtiger Mechanismus, der Zivilisten schützen soll

Bereits bei der (militär-) geheimdienstlichen Identifikation von Zielen wird analysiert, ob bei der Zerstörung des möglichen Ziels Zivilisten verletzt oder getötet werden könnten. Ist ein Ziel identifiziert, erstellen Kommandeure Zielkarten, sogenannte „target cards“, die sie an übergeordnete Instanzen zur Autorisierung weitergeben. Diese „target cards“ sind unter anderem mit Details der zu erwarteten Kollateralschäden versehen. Erst nach einer sorgfältigen, auch juristischen Prüfung, die darauf abzielt, zivile Opfer zu vermeiden und der unnötigen Zerstörung ziviler Infrastruktur vorzubeugen, werden Angriffe auf Ziele autorisiert. Rechtsberater in den Operationsstäben der israelischen Armee haben dabei eine herausgehobene Stellung und können Angriffe im Zweifel unterbinden. Werden die Ziele für einen Angriff freigegeben, liegt die letzte Entscheidung wieder bei den Kommandeuren.

Diese weitreichenden Entscheidungen werden von den Verantwortlichen niemals leichtfertig getroffen und, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, immer in Bezug auf ihre Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit geprüft. Die genauen Einsatzregeln der IDF, inklusive der Richtlinien, die darüber entscheiden dürften, ob ein Ziel trotz der Möglichkeit ziviler Opfer angegriffen wird, unterliegen höchster Geheimhaltung. Terrororganisationen wie die Hamas könnten die entsprechenden Erkenntnisse sonst nutzen, um sich noch intensiver als bisher hinter Zivilisten zu verschansen. Schließlich bringt die Hamas ihre Terror-Infrastruktur bewusst in zivil genutzten Gebäuden unter. Zu den Zielen auf den ca. 4000 „target cards“ aus dem Gazakrieg 2014, gehörten ein im zweiten Stock eines vierstöckigen Wohnhauses versteck-



**JuFo trifft Richard Kemp am Rande einer Pro-Israel-Demonstration vor dem UN Gebäude in Genf. v.l.n.r. Sebastian Hanak, Richard Kemp und Annika Zecher, DIG Frankfurt**

tes Waffenlager, ein Kommando- und Kontrollzentrum in einer Moschee und eine in einem Krankenhaus versteckte Überwachungsplattform. In der Operation Guardians of the Wall im Mai 2021 bombardierte die israelische Luftwaffe unter anderem einen Stützpunkt des Hamas- Militärgeheimdienstes, der bewusst in einem Bürogebäude eingerichtet war, in dem auch ausländische Nachrichtensender ihren Sitz hatten.

Am Angriff auf dieses Bürogebäude zeigen sich weitere Methoden israelischer Kriegsführung, die auf die Vermeidung ziviler Opfer abzielen: Ein Video, das frei zugänglich beispielsweise auf Youtube zu finden ist, zeigt, wie der Besitzer des „Nachrichtenturms“ kurz vor dessen Bombardierung auf Arabisch mit einem israelischen Offizier telefoniert. Dieser hatte zuvor angerufen und den Journalisten eine Stunde Zeit gegeben, um mit ihren Arbeitsutensilien das Gebäude zu verlassen. Ein weiteres Video zeigt einen Hausmeister in Gaza-Stadt, der mit der israelischen Armee telefoniert und diese darüber informiert, wie lange er benötige, um alle Anwohner zum Verlassen der Gefahrenzone zu bewegen. In einem anderen Video telefoniert ebenfalls ein palästinensischer Mann mit einem israelischen Offizier. Der israelische Soldat beteuert dabei immer wieder, dass, so Gott wolle, nur das Zielgebäude und keines der umstehenden Häuser zerstört werden solle. Zahlreiche ähnliche Videos sind überall im Internet zu finden. Sie alle zeigen

das gleiche: Die israelische Armee kontaktiert Anwohner, die sich in oder an einem militärischen Ziel aufhalten, telefonisch oder per Textnachricht, warnt vor dem bevorstehenden Angriff und gibt ihnen genügend Zeit, um sich in Sicherheit zu bringen. Keine andere Armee weltweit unternimmt solche Anstrengungen, um einen Kollateralschaden zu vermeiden.

Doch damit erschöpfen sich die Anstrengungen der israelischen Armee zur Vermeidung von zivilen Opfern nicht. Die IDF wirft Flugblätter in arabischer Sprache über dem Ziel-Gebiet ab, die die Bewohner vor einem bevorstehenden Angriff warnen, sie setzt Drohnen mit ausgeklügelten Überwachungskameras ein, um sicherzustellen, dass sich tatsächlich keine Zivilisten mehr in der Gefahren-Zone aufhalten, oder sie lässt kleine Bomben mit geringer Sprengwirkung auf das Dach eines Ziel-Gebäudes fallen, um möglicherweise im Gebäude verbliebene Menschen darauf hinzuweisen, dass der Angriff kurz bevorsteht („Roof-Knocking“). Hochpräzise und sorgfältig ausgewählte Waffensysteme sollen außerdem gewährleisten, dass wirklich nur das militärische Ziel, nicht aber umliegende Gebäude zerstört werden.

### Ein „sauberer Krieg“ ist eine Illusion

Nicht immer jedoch gelingen diese Bemühungen. Auch während der letzten Auseinandersetzung mit der Hamas im Mai dieses Jahres kamen in Gaza zahlreiche Zivilisten ums Leben – darunter auch Kinder. Das ist schrecklich für die Familien, die Überlebenden, aber auch für die Armeeangehörigen, die die entsprechenden Angriffe zu verantworten haben. Da Israel ein Rechtsstaat mit hohen moralischen Ansprüchen ist, wird jeder Angriff, bei dem es zu zivilen Opfern kommt, genau untersucht. Ein „sauberer Krieg“ jedoch ist ohnehin eine Illusion – nicht nur in Israel, sondern überall auf der Welt. Im Krieg herrscht Chaos und im Chaos geschehen Fehler. Fehler jedoch sind keine Kriegsverbrechen.

### Fehler sind keine Kriegsverbrechen

Das betont auch Richard Kemp immer wieder. Kemp war Kommandant der britischen Streitkräfte in Afghanistan. Seine militärischen Auslandseinsätze brachten ihn nach Nordirland, Bosnien, nach Mazedonien und in den Irak. Auch während des Gaza-Kriegs 2014 war Kemp vor Ort. Der israelischen Armee bescheinigt der Experte regelmäßig, die moralischste Armee der Welt zu sein. Genau dieses moralische Verhalten birgt aber insbesondere in der asymmetrischen Kriegsführung gegen Terrororganisationen Probleme. Immer wieder musste die israelische Luftwaffe Angriffe abbrechen, weil die Hamas Zivilisten auf die Hausdächer von zu bombardierenden Gebäuden zwang, nachdem Israel über den bevorstehenden Angriff informiert hatte.

Der Militärexperte Prof. Dr. Wolff Heintschel von Heinegg, der auch für den Deutschen Bundestag beratend zum Thema Auslandseinsätze tätig ist, wird zu dem Thema ebenfalls skeptisch zitiert. Israel setze mit seinem Vorgehen unverhältnismäßige hohe moralische Maßstäbe, die von anderen Staaten, die gegen Terrororganisationen kämpften, dann ebenfalls eingehalten werden müssten. Auch Michael Schmitt, Direktor des



Ein Kampfflugzeug des Typs F16 der israelischen Armee

Stockton Center for the Study for International Law am US Naval War College, befürchtet, dass die IDF Standards schafft, die dem Westen im Kampf gegen den Terrorismus schaden könnten: „Die Warnungen der israelischen Armee gehen sicherlich über das hinaus, was das Gesetz vorschreibt. Und manchmal gehen sie auch über das hinaus, was operativ vernünftig wäre“ Es bestehe die Gefahr, dass Menschen beginnen würden, auch von anderen westlichen Staaten die gleichen Vorsichtsmaßnahmen zu erwarten. Dies könnte die Effektivität im Kampf gegen Terroristen mindern.

### Israel tut alles, um Zivilisten zu schützen. Die Hamas tut alles, um Zivilisten zu töten

Die israelische Armee tut mehr, um zivile Opfer zu vermeiden als alle anderen Staaten. Israel handelt im Einklang mit dem Recht und aus moralischer Überzeugung. Der Reputation nützt das wenig. Der jüdische Staat wird ständig und einseitig gravierender Kriegsverbrechen beschuldigt. Die Hamas hingegen hat permanente Kriegsverbrechen zur politischen Leitlinie erhoben. Sie führt gezielte Raketenangriffe auf israelische Zivilisten durch, ermordet dabei durch fehlgeleitete Raketen regelmäßig auch im Gazastreifen Menschen und zwingt die eigene Bevölkerung zum Dasein als menschliche Schutzschilde. Von zivilen Opfern profitiert die Hamas medial. Auch das führt zur paradoxen Situation, dass bei der IDF mehr über den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung nachgedacht wird als in den in Wohngebäuden liegenden Hauptquartieren der Hamas. Israel hingegen tut alles, um zivile Opfer zu vermeiden – in Gaza und mit Hilfe des Iron Dome auch auf der eigenen Seite. Und selbst das wird Israel gelegentlich – direkt oder indirekt – zum Vorwurf gemacht. An den Fakten ändert das natürlich nichts: Israel hat die moralischste Armee der Welt.

Sebastian Hanak

#### Zum Autor:

Sebastian Hanak arbeitet als Wissenschaftlicher Referent im Deutschen Bundestag. Der Artikel entstand in Zusammenarbeit mit Chris Becker, Luftwaffenoffizier der Bundeswehr in Berlin.

Der aktuelle Kommentar:

# Der Krieg der Worte

Israel ist ihn mittlerweile gewohnt, jenen zweiten Krieg, der dem ersten stets vorausseilt, ihn flankiert oder ihm als Echo nachhallt. Dass der Chor der Drohungen, Lügen und Fehleinschätzungen allerdings fast nur noch keifend aus Gaza kommt und nicht mehr als Kanon des Hasses aus der gesamten arabischen Welt, diese Nuance hätte man in Deutschland beinahe überhört.

Denn hier folgen eine Vielzahl der schreibenden und sendenden Kollegen immer noch dem klassischen Prinzip der Täter-Opfer-Umkehr. Diese Methodik wurde ursprünglich von skrupellosen Verteidigern in den USA benutzt, um Vergewaltigungs- oder Rassismus-Opfern eine Mitschuld an den Verbrechen gegen sie anzuhängen. Sie ist auch in der modernen Antisemitismusforschung bekannt.

Unvergessenes Highlight jener Geschichtsvergessenheit deutscher Journalisten ist nach wie vor die Focus-Online-Schlagzeile „Israel droht mit Selbstverteidigung“. Doch auch Jahrzehnte später nimmt man es mit der Darstellung der Wahrheit nicht immer und überall so genau. So schrieb die Deutsche Presse-Agentur, nachdem am 12. Mai in Gelsenkirchen Terror-Sympathisanten minutenlang „Scheiß-Juden“ gebrüllt hatten, in einer ersten Fassung: „Während der unangemeldeten Versammlung seien auch anti-israelische Rufe skandiert worden.“

Den Schlachtruf „Scheiß-Juden“ auf deutschen Straßen als anti-israelisch zu verniedlichen, zeigt, welches Bild manche schreibenden Kollegen von Israel haben müssen. Ein gutes kann es nicht sein, so viel Ignoranz und Judenhass bei Menschen, die qua Job der Bildungselite angehören, kann sich nur aus Überzeugung speisen. Der Überzeugung, dass die Angegriffenen die Angreifer sind – und die unterdrückten Freunde von Hamas und Fatah sich nur gegen die jüdischen Imperialisten wehren wollen und müssen, da der Israeli ja beständig mit Selbstverteidigung droht.

Dass diesmal, im Rekord-Hagel der Raketen, der reflexhafte Appell deutscher Chefdiplomaten zur Mäßigung auf beiden Seiten ausfiel und stattdessen Außenminister Maas verlauten ließ, Israel habe ein Recht auf eben diese Selbstverteidigung, gehört noch zu den erfreulicheren Signalen aus Deutschland in diesem Frühjahr

des Terrors. Die Nachrichtensendungen der Öffentlich-Rechtlichen jedenfalls sekundierten eifrig im zweiten Krieg der Worte, indem sie durch Verharmlosungen Schuldumkehr betrieben. Da wird die Hamas, von EU und USA als Terrororganisation definiert und benannt, als „radikal-islamisch“ oder „militant“ bezeichnet – und deren Terrorkämpfer sind „aufgebrachte Palästinenser“.

Warum nicht einfach „Terroristen“ sagen? Weil dann das ganze argumentative Konstrukt der „Spirale der Gewalt“ zusammenbräche, dieses Begriffs, der suggeriert, es stünden sich zwei Kriegsparteien auf Augenhöhe gegenüber – und nicht vom Iran gesponserte Terrorbanden, die einen demokratischen Staat mit Raketen eindecken. Es ist eben kein „Konflikt“, der „eskaliert“, indem Israel „unverhältnismäßig“ reagiert. Es ist Selbstverteidigung – auch wenn es Focus und Co. nicht passen mag.

Der Krieg der Worte im Übrigen, er wird von den Ideologen an den Tastaturen gezielt geführt. Despoten wie der scheidende iranische Präsident Rohani werden GEZ-gebührenpflichtig als „gemäßigt“ verharmlost. Sein Nachfolger Raisi, ein noch skrupelloserer Schlächter, wird mit dem schönenden Begriff Hardliner attribuiert.

Derlei Zurückhaltung wurde bei der israelischen Regierungsbildung nicht geübt. Der langjährige Premier Netanjahu hat in öffentlich-rechtlichen Medien bei uns den Vornamen „rechtskonservativ“. Die an der neuen Regierung beteiligten Islamisten werden als islamisch tituliert – und dass ein Konservativer von einem wirklich rechten Gegner jeglicher Zweistaatenlösung an der Regierungsspitze abgelöst wird, spielt in Deutschlands Hauptnachrichtensendungen keine Rolle, Hauptsache, man kühlt sein Mütchen an „Bibi“.

All das ist man in Israel gewiss gewohnt, wo mit den eigenen Politikern wesentlich härter umgegangen wird als hierzulande. Dass ein Großteil der dummerhaften Kommentare allerdings ausgerechnet und immer wieder aus Deutschland kommt, das ist bitter, aber für den Judenstaat leider nichts Neues. Der Krieg der Worte, er wird teilweise eben auch in deutschen Redaktionen geführt.

Daniel Killy, Autor und Journalist

# Zur Lage des Jungen Forums

Nach einem langen Wahlprozess hat sich der Bundesvorstand des JuFo in neuer Konstellation zusammengefunden und Themen und Projekte, Aufgaben und Zuständigkeiten verteilt und festgelegt. Daneben war die pandemiebedingte Umstellung unserer Arbeit auf die Online Welt eine weitere Herausforderung.

Unsere JuFos haben viel geleistet: Veranstaltungen organisiert, für Israel geworben und ihre Stimme gegen Antisemitismus erhoben. Unser JuFo wächst: wir haben nun über 1000 Mitglieder in knapp 40 Gruppen in ganz Deutschland. Die Eckpunkte unserer Vorstands-Arbeit haben

wir wie folgt bestimmt: Im JuFo treten junge Menschen selbstbewusst, überparteilich und gemeinsam für die Solidarität mit dem jüdischen Staat Israel, für Zionismus, für Frieden und gegen Antisemitismus ein.

Die JuFo-Mitglieder stärken selbstermächtigt und aktiv nachhaltig und zukunftsfähig deutsch-israelische Beziehungen. Dabei gestalten sie auf gesellschaftlicher und politischer Ebene mit und intervenieren wo nötig. Zudem bietet das JuFo Bildungs-, Vernetzungs-, und Gestaltungsangebote für Mitglieder und Interessierte und baut bundesweite und internationale Netzwerke aus. Das JuFo wächst, dementsprechend passen wir die Strukturen und

Kommunikationswege an und erneuern wo nötig. Das betrifft auch die JuFo- und DIG Hauptversammlungen, unser Statut und den Leitungskreis. In diesem Erneuerungsprozess zählen die Stimmen aller JuFo-Mitglieder. Über Möglichkeiten der Mitgestaltung informieren wir z.B. über den neu eingerichteten Telegram-Kanal. Ferner hat der Bundesvorstand beschlossen, eine Ombudsperson, die für das Management von Konflikten zuständig ist, einzuführen.

Das JuFo ist nur so stark, wie wir es machen!

Aras-Nathan Keul,  
JuFo-Bundesvorsitzender

## Junges Forum Bayern

# Anders als erhofft

Vorträge, Vernetzung und eine Richtigstellung – den Winter über war einiges los beim JuFo Bayern

Der letzte Bericht über die Aktivitäten der Jungen Foren in Bayern endete mit einem positiven Ausblick. Langsam fanden wieder vorsichtig Veranstaltungen nach altem Muster in Präsenzform statt, Normalität schien in Aussicht. Doch bekanntlich kam es ab Herbst anders. Und so waren es dann auch in den letzten Monaten vor allem wieder die Einschränkungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie, die uns die Form unserer Arbeit vorgaben. Die Verschärfung der Krise Anfang November machte es unumgänglich, zu dem das Jahr 2020 bestimmenden und nicht allseits beliebten Veranstaltungsformat zurückzukehren: dem Online-Vortrag.

Doch auch wenn dabei zumindest subjektiv die Atmosphäre von Präsenzveranstaltungen fehlen mag, bieten sich auch neue Möglichkeiten: Schnelle und einfache Verbindungen nach Überall, von überregional bis international.

Besonders erwähnenswert hierbei der vom Jungen Forum München in Koope-

ration mit dem Jungen Forum Berlin, dem VJSB und dem Generalkonsulat des Staates Israel in München veranstalteten Workshop für „Young Zionists“ mit dem aus Sozialen Medien sowie über YouTube international bekannten Aktivisten Rudy Rochman.

Eine Live-Schaltung nach Israel hatte das Junge Forum Augsburg gemeinsam mit dem Fanprojekt des Stadtjugendrings Augsburg für den Vortrag „Aide! Fußball in Israel“ über die israelische Fußball- und Fankultur von Oliver Vrankovic.

Doch auch abseits der bloßen Arbeit „nach außen“ ging einiges bei den bayrischen JuFos voran. Leider waren aber auch an dieser Stelle die momentanen Einschränkungen zu spüren. So musste das mittlerweile beinahe zur Tradition gewordene Regionaltreffen zum Jahresanfang in digitaler Form veranstaltet werden. In einer produktiven Sitzung besprachen die bayrischen JuFos neue Strategien zur Verbesserung der internen Vernetzung und

setzten viele positive Impulse für gemeinsame Projekte für die Zukunft.

Zuletzt und ganz besonders hervorheben möchte ich die vom Jungen Forum München verfasste Richtigstellung der Statements der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ und der Unterstützungsinitiative „Nothing Can Be Changed Until It's Faced“. In der Initiative hatten sich zahlreiche deutsche Kulturschaffende gegen einen Beschluss des Bundestags gestellt, der die BDS-Kampagne als antisemitisch kennzeichnete und eine finanzielle Förderung durch Bundesmittel ausschloss. In ihrem umfangreichen Gegenstatement brachten die Münchner die Probleme der Initiative GG 5.3 auf den Punkt: Sie beruht auf falschen Annahmen und ist inhaltlich fehlerhaft. Als Offener Brief wurde der Text mittlerweile von weiteren Lokalgruppen des Jungen Forums, befreundeten Organisationen sowie Michaela Engelmeier und Uwe Becker unterzeichnet.

Max Schußmüller

In Münster bleibt antiisraelischer Antisemitismus virulent

# Hass auf Juden an der Uni und beim Gedenken an die Opfer von Hanau

*In Münster zeigte sich im vergangenen Wintersemester abermals die hässliche Fratze des „links“ auftretenden und natürlich mit „antirassistischen“ Absichten garnierten Antisemitismus– sowohl auf der Straße als auch im Netz, an der Uni und in der Zivilgesellschaft.*

Bereits in der vorherigen Ausgabe des DIG-Magazins war davon zu lesen, dass sich in Münster vor allem durch das Auftreten einer dezidiert antiisraelischen Gruppierung namens „Palästina Antikolonial“ das zuvor meist friedliche Stadtklima gewandelt hat. Im Sommer 2020 mussten das JuFo und die DIG Münster gegen Antisemitismus auf die Straße gehen, im Herbst wurde eine Veranstaltung des JuFos aus Sicherheitsgründen abgesagt. Wie zu erwarten, endete diese besorgniserregende Entwicklung damit nicht.

Im Januar 2021 sollte im Studierendenparlament der Uni Münster eine Resolution gegen Antisemitismus eingebracht werden, die verhindern sollte, dass Antisemiten (insbesondere auch BDS-Unterstützer) Gelder der verfassten Studierendenschaft erhalten oder über diese universitäre Räume buchen können. Eine ähnliche Resolution wurde bereits in der vorhergehenden Legislatur ohne größere Widerstände verabschiedet. Der Unterschied war nun, dass auch die oben erwähnte Gruppe „Palästina Antikolonial“, die in Münster ihr Unwesen treibt und auch schon an einer Veranstaltungsreihe gemeinsam mit Institutionen der verfassten Studierendenschaft teilnahm, explizit genannt und von jeglicher Förderung ausgeschlossen werden sollte. Der Antrag fand in der ersten Sitzung des neu konstituierten Studierendenparlaments keine Mehrheit, sondern führte zu einer absurden Diskussion, zumal nicht wenige Unterstützer besagter Gruppe an der Sitzung teilnahmen. Diese ließen schon durch ihre Profilbilder im Zoom-Meeting keinen Zweifel daran, dass sie sich Israels Vernichtung wünschten. Sie zeigten eine Karte mit einem Staat Palästina „vom Jordan bis zum Mittelmeer“, Platz für Israel blieb nicht. Unter den offensichtlich überregional mobilisierten Unterstützern der Palästina-Freunde fand sich auch die

Gruppe „Samidoun Deutschland“, welche 2019 eine verurteilte palästinensische Terroristin nach Berlin einlud, zum Netzwerk der palästinensischen Terrororganisation PFLP gehört und sich vor allem für die Freilassung palästinensischer Terroristen einsetzt. Nachdem in der Sitzung keine Einigung darüber erzielt werden konnte, ob z.B. das „Existenzrecht“ Israels in der Resolution gegen Antisemitismus zu erwähnen sei, endete diese „Diskussion“ voller Beleidigungen mit einem „Fuck Israel“ im Zoom-Chat. Diese Ereignisse fanden glücklicherweise auch in der Münsteraner Lokalpresse Aufmerksamkeit und wir erhofften uns, dass in der nächsten Sitzung die Resolution in Anbetracht des live aufgeführten Beweises ihrer Notwendigkeit zügig verabschiedet werden könne. Es kam anders. „Palästina Antikolonial“ rief kurzerhand zur „Besetzung“ der Sitzung auf, ein Teilnehmer bekannte sich mittels seines Profilbildes zur palästinensischen Terroristin Leila Khaled, die Sitzung wurde in vielfältiger Art und Weise gestört. Die Fürsprecher der „palästinensischen Perspektive“ traten nun verummummt im Palästinensertuch, dem Markenzeichen des palästinensischen Terrors gegen Israel, auf und ein amerikanischer Austauschstudent, der uns einen Eindruck vom Zustand des vermeintlich progressiven us-amerikanischen Uni-Betriebs vermittelte, bezeichnete Jüdinnen und Juden, die sich gegen Antisemitismus einsetzen, kurz nachdem ein jüdischer Student im Namen der jüdischen Studierendengruppe die Verabschiedung der Resolution befürwortet hatte, als „so called jewish people“. Auch die Rechtfertigung des palästinensischen Terrors durch das „Völkerrecht“ blieb den Sitzungsteilnehmern nicht erspart. Letztlich wurde nach einer abermals langen Sitzung der „Antrag contra Antisemitismus“ aber doch zu einem Beschluss: Mit 21 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen

wurde dieser Antrag durch die verfasste Studierendenschaft angenommen.

Auf diesen Teilerfolg im Rahmen der Universität folgte im Februar auf der Straße wieder die bittere Realität. Das Gedenken an die Opfer des rechtsterroristischen Anschlags von Hanau wurde auch in Münster (wie auch in Stuttgart, Köln, Wien und weiteren Städten) instrumentalisiert, um gegen Israel und Kritik an Antisemitismus zu hetzen. Bis zu 1000 Menschen nahmen in Münster an einer Kundgebung teil, auf welcher „Palästina Antikolonial“ die Kritik an Antisemitismus mit Rassismus gleichsetzte und über Rassismus in „Bethlehem und Jerusalem“ schwadronierte. Es zeigte sich abermals, was nicht nur für die in Münster aktiven Palästina-Freunde fast immer gilt: Egal worum es geht, für sie, hier „Palästina Antikolonial“, geht es um Palästina. Rassismus in Deutschland dient für sie ausschließlich als Projektionsfläche für antiisraelischen Antisemitismus. Dass dieser Antisemitismus auch das Einverständnis mit dessen handfester Umsetzung einschließt, unterstrich ihre Forderung nach einer „Migrantifada bis zum Sieg“, welche nichts anderes ist, als ein positiver Bezug auf die palästinensischen Intifadas, den terroristischen Judenmord.

Gerade wegen dieser Ereignisse in Münster und der zugrunde liegenden Entwicklung, welche sich bundesweit abzeichnet, bleibt unser Einsatz gegen Antisemitismus notwendig. Auch im Wintersemester konnten wir unseren Mitgliedern und allen Interessierten daher ein kleines Programm bieten. Die Vorstellung des Buches „Die Israel-Boycottbewegung“ von Alex Feuerherdt, in welcher der antisemitische Charakter der Boykott-Kampagne gegen Israel deutlich herausgestellt wurde, konnte im November ein großes Publikum überzeugen. Eine klare Kauf- und Leseempfehlung! Im Rahmen der Aktionswochen gegen Antisemitismus der



Jusos Münster konnten unsere Sprecher zudem einem Kreis von Jungsozialisten die Kritik der BDS-Kampagne nahebringen und insbesondere auf die Situation in Münster eingehen. Wir haben uns aber nicht nur mit der BDS-Kampagne beschäftigt, auch wenn dies auch in Zukunft notwendig bleiben wird (eine Debatte in der Lokalpolitik blieb bisher aus, zeichnet sich allerdings ab). Im Dezember hatte das JuFo Münster Jonas Kruthoff für einen digitalen Vortrag über die Muslimbruderschaft, eine bedeutende islamistische und antisemitische Bewegung, zu Gast. Einem interessierten Publikum aus ganz Deutschland wurde die Entstehung und Ideologie der Muslimbruderschaft sowie ihre Entwicklung in

Deutschland erläutert. Dass dies auch für uns ein relevantes Thema ist, zeigte nicht zuletzt ein Ereignis im Oktober 2020. Die Fachschaft des Zentrums für Islamische Theologie der Uni Münster sammelte Spenden für die Organisation Islamic Relief, welche durch mehrere Antisemitismus-Skandale auffiel, von Israel als Teil des Finanzsystems der palästinensischen Terrororganisation Hamas eingestuft wird und unter Verdacht steht, Teil der globalen Finanzierung der islamistischen Muslimbruderschaft zu sein. Nachdem wir einen Offenen Brief an die Fachschaft richteten, wurde die Spendensammlung ohne Nennung von Gründen eingestellt. Es gab in Münster jedoch auch Grund zur

Freude: 2021 feiern Münster und Rishon Le Zion das 40-jährige Bestehen ihrer Freundschaft und Städte-Partnerschaft. Das Festjahr wurde mit einer wunderbaren Fotoaktion zum Mitmachen eingeläutet, bei der Bürger in Rishon und Münster gleichzeitig Fotos ihres Alltags aufnahmen und miteinander teilten. Eigentlich hätte im Mai ein großer Festakt stattfinden sollen, doch dieser wurde auf 2022 verschoben. Wir freuen uns jetzt schon darauf und hoffen besonders, die Städtepartnerschaft möglichst bald wieder mit Leben füllen zu können und Rishon Le Zion zu besuchen!

Wilko Martens

Sprecher des JuFo Münster  
und Regionalkoordinator JuFo NRW

## Drei Fragen an ... Stefan Hensel

**Stefan Hensel, langjähriger Vorsitzender der AG Hamburg der DIG, wurde zum 1. Juli dieses Jahres zum ersten Antisemitismusbeauftragten der Hansestadt bestellt. Dem DIG-Magazin beantwortet der 41-Jährige drei aktuelle Fragen.**

**Während der Fußball-EM zeigte sich eine starke Solidarität mit der LGBTQ-Community als Reaktion auf die menschenverachtenden Gesetze in Ungarn. Wann erleben wir eine ähnliche Welle der Empathie für Israel?**

Ich denke, man kann die beiden Themen nicht miteinander vergleichen. LGBTQ-Menschen werden berechtigterweise als Opfer von Homophobie wahrgenommen. Dies hat zu einer Solidarisierung in Deutschland geführt, die im weitesten Sinne nichts gekostet hat. Es war keine Gegenbewegung zum Hissen der Regenbogenflagge zu erwarten und dementsprechend brauchte es auch nicht viel Mut, seine Firmenzentrale oder auch einzelne Gebäude im Regenbogen erstrahlen zu lassen.

Anders verhält es sich mit der gesellschaftlichen Wahrnehmung in Deutschland zum Staat Israel. Wenn, einer Umfrage zufolge, in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung den Staat Israel als größte Bedrohung für den Weltfrieden wahrnimmt, ist eine Solidarität mit dem Staat Israel auch nicht zu erwarten. In der Wahrnehmung ist damit Israel der Täter und eine Identifikation mit dem Täter würde zwangsläufig Proteste nach sich ziehen. Wir mussten gerade erleben, wie viel Ge-

genwind mutige Politikerinnen und Politiker erhalten haben, als sie sich klar an der Seite von Israel positioniert haben. Dementsprechend haben auch keine Firmen oder herausragende Persönlichkeiten wie Schauspielerinnen und Schauspieler zur Solidarität mit dem Staat Israel aufgerufen. Wenn Sie es denn doch getan haben, haben sie dafür einen Shitstorm geerntet so wie zum Beispiel Elyas M'Barek.

**Warum fällt es den Deutschen so schwer, sich zu Israel zu bekennen?**

Wir kennen mittlerweile einige Theorien wie die Theorie der Schuldabwehr und die sogenannte David-und-Goliath-These. So ähnlich wie viele Menschen in den arabischen Ländern Israel mit einer Mischung aus Verwunderung und Bewunderung für den wirtschaftlichen Erfolg betrachten, ist die Existenz Israels auch immer eine Erinnerung an die verlorenen Kriege, welche die arabischen Staaten gegen Israel geführt haben. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Israel die permanente Erinnerung in Deutschland an die eigene Schuld und Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die Menschheitsverbrechen der Shoa darstellt.

**Was sehen Sie als Ihre wichtigste Aufgabe?**

Mir ist es wichtig, Menschen zusammenzubringen und mit ihnen in einen Dialog zu treten. Ich denke, dass wir einen gesellschaftlichen Diskurs darüber führen müssen, wie wir in diesem Land eigentlich leben wollen und wie wir die gesellschaftliche

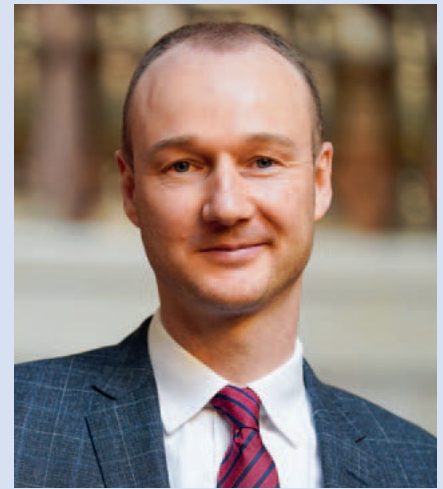


Foto: Marcus Brandt/dpa

Stefan Hensel

Verantwortung für die individuelle Freiheit eines einzelnen garantieren möchten. Das umfasst natürlich auch das Recht, als Jude so leben zu können wie man es sich wünscht.

Deshalb glaube ich, dass wir diejenigen unterstützen sollten, die sich klar für den Staat Israel und das lebendige Judentum in Deutschland einsetzen. Gleichzeitig müssen wir versuchen, diejenigen Menschen zu erreichen, die sich dem politischen Diskurs zur Solidarität mit Israel verweigern. Es muss so normal sein, eine Davidstern-Kette oder ein israelisches Fähnchen tragen zu können, wie an einem Christopher-Street-Day die Regenbogenfahne zu zeigen oder bei einem HSV-Spiel in Blau-Weiß-Schwarz auf die Straße zu gehen.



Während der Diskussion (von links nach rechts): MdL Verena Schäffer (Bündnis 90/ Die Grünen), Dr. Inna Goudz (Landesverband der jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.D.Ö.R.), Clemens Hötzel (SABRA), Natalie Kajzer (Sprecherin Junges Forum Ruhr, Moderation)

Foto: Kajzer

## Junges Forum Ruhr

# Neue Gesprächsreihe „Einblicke“ Ein Themenabend des Jungen Forums Ruhr

Am 1. Oktober 2020 konnte das Junge Forum Ruhr in der Alten Synagoge Essen, unter Einhaltung der Hygienestandards, eine Veranstaltung in Präsenz durchführen. Das neu ins Leben gerufene Format Einblicke soll, wie der Name schon sagt, Einblicke in unterschiedliche Themenbereiche bieten und miteinander in Dialog bringen.

Zu pandemischen Zeiten titelten mehrere Zeitungen, dass der Antisemitismus in der Krise erneut aufschäume. Als Junges Forum Ruhr der Deutsch-Israelischen Gesellschaft sind wir uns jedoch dessen bewusst, dass Antisemitismus ein allgegenwärtiges Problem unserer Gesellschaft ist. Als nicht jüdische Mehrheitsgesellschaft nehmen wir daher unsere Verantwortung an, gegen jeden Antisemitismus aufzustehen und für Israel einzutreten. Nicht zu vernachlässigen ist dabei der Dialog mit den jüdischen Communities unserer Region. Um einen Einblick in das Gemeindeleben unter pandemischen Bedingungen zu gewinnen und zu erfahren, was die jüdische Perspektive auf die aktuellen (bildungs-)politischen Entwicklungen in NRW ist, haben wir Dr. Inna Goudz eingeladen. Die promovierte Kunsthistorikerin ist seit April 2020 Geschäfts-

führerin des Landesverbands Nordrhein. Einen Einblick in die Politik des Landtags NRW und in die Bildungslandschaft haben uns Verena Schäffer und Clemens Hötzel geboten. Verena Schäffer (Bündnis 90/ Die Grünen) ist seit zehn Jahren Mitglied des Landtags NRW, studierte Historikerin und Juristin, sowie federführend im Bereich Innenpolitik/Rechtsextremismus tätig. Clemens Hötzel ist Mitarbeiter bei SABRA (Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus) und hat federführend bei der Problembeschreibung NRW mitgearbeitet. SABRA befindet sich in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf und zählt zu den Schwergewichten der Antisemitismusprävention NRW.

Nach einem Impulsvortrag der jeweiligen Rednerinnen und Redner wurde eine

Podiumsdiskussion geführt, mit reger Beteiligung auch von unserer Generalsekretärin Michaela Engelmeier, die bei unserem Themenabend zu Gast gewesen ist. Unsere Fragestellungen als Junges Forum Ruhr gingen dabei auch in Richtung einer möglichen Zusammenarbeit, erhoffter Unterstützung seitens der Politik und Sichtbarmachung unseres Bemühens, für Israel und gegen jeden Antisemitismus einzutreten, auch in Form eines möglichen Israel Tags in Essen. Moderiert und konzipiert wurde der Abend von Natalie Kajzer, die seit 2019 gemeinsam mit Jan Sikorski im Führungsteam des Jungen Forums Ruhr ist. Weitere Themenabende sind geplant, wir freuen uns, ein antisemitismuskritisches und israelsolidarisches Bild ins Ruhrgebiet tragen zu dürfen.

Natalie A. Kajzer

## Debatte

# Postkolonialer Judenhass?

## Zum Antizionismus Achille Mbembes

Die letztjährige Debatte um den Antisemitismus des Kameruner Philosophen Achille Mbembe drehte sich vor allem um seine Verbindungen zur antisemitischen BDS-Bewegung und der Verunglimpfung von Israel als „Apartheid-Staat“. Die Kritik an Mbembes Äußerungen wurde schnell der vermeintlich rassistisch motivierten Zensur bezichtigt. Obwohl die öffentliche Diskussion mittlerweile in den Hintergrund getreten ist, lohnt sich ein genauerer Blick auf die theoretischen Ausführungen Mbembes, um zu verstehen, wie der antizionistische Antisemitismus als integraler Bestandteil der Argumentation postkolonialer Theorie diese mit deutschen Erinnerungsdebatten versöhnt – und zwar durch gemeinsame Feindschaft gegenüber Israel.

Ende Februar 2021 lud das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Frankfurt am Main den in Wien lebenden Publizisten und freien Autoren Alex Gruber zu einem (digitalen) Vortrag mit dem Titel „Speerspitze des postkolonialen Antisemitismus“. Grundlage der Einladung war ein gleichnamiger Artikel, unternitelt mit „Achille Mbembes ‚Nekropolitik‘ als Handreichung für deutsche Erinnerungskultur“, welchen Alex Gruber kurz zuvor veröffentlicht hatte. Gruber führt im Anschluss an die Debatte im vergangenen Frühjahr die theoretische Seite von Mbembes Antisraelismus genauer aus und zeigt dabei, wie umfassend sich dessen philosophische Konzepte antisemitischer Ressentiments bedienen. Wie auch bereits in der vergangen Ausgabe des DIG Magazins aufgegriffen (2/2020), hatte sich an der Einladung des postkolonialen Theoretikers und Historikers Achille Mbembe zur schließlich wegen der Corona-Pandemie abgesagten Ruhrtriennale 2020 eine öffentlichen Debatte um Mbembes Aussagen über den israelischen Staat und seinen Sympathien für die Boykott, Divestment & Sanctions (BDS)-Bewegung entzündet. Die Diskussion um die Einschätzung der antisemitischen Anteile in Mbembes Äußerungen verkehrte sich schnell nach dem populären Muster: Nicht der Antisemitismus sei der Skandal, sondern der „Antisemitismusvorwurf“. Die Äußerung des Journalisten Jörg Häntzschel in der Süddeutschen Zeitung zu Achille Mbembe: „Wäre er tatsächlich Antisemit, hätte das längst auffallen müssen“ [1], verdeutlicht den Abwehrmechanismus, der



„Israel, die Juden und Wir“. Der Schluss von Achille Mbembes 1992 erschienenem Israel-Artikel, indem er schon einen Zusammenhang zwischen jüdischer Verfolgungsgeschichte und angeblicher israelischer Täterschaft herzustellen versucht.

gerade im deutschen Feuilleton entsteht, wenn es ausnahmsweise doch jemandem auffällt, dass sich hinter vermeintlicher „Israel-Kritik“ plumper Antisemitismus und Holocaust-Relativierung verbirgt. Diese Abwehr führte dazu, dass es zu keiner ernstzunehmenden Auseinandersetzung mit Mbembes Äußerungen kam. Stattdessen verkehrte sich die Anklage gegen den als „diskursiven Schrankenwärter“ [2] bezeichneten Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung Felix Klein, der den Antisraelismus Mbembes kritisiert hatte: In einem von mehr als 60 Wissenschaftlern und Kulturschaffenden aus Deutschland und Israel unterschriebenen Brief an die Bundeskanzlerin hieß es, Kleins „Aktivitäten“ hätten inzwischen „ein menschenverachtendes Ausmaß angenommen“. (Zur Solidarität mit Felix Klein vgl. DIG Magazin Nr.2, 2020/5781, S.17-20.) Auch Mbembe reagierte auf die Debatte mit einer Umkehrung des Vorwurfs und vermutete hinter der Kritik eine rassisti-

sche Verschwörung, ihn zum Schweigen zu bringen [3]. Seine Unterstützer schlugen in dieselbe Kerbe und bezichtigten die Kritikerinnen und Kritiker des israelbezogenen Antisemitismus der „Zensur“ und der „Instrumentalisierung“ des Antisemitismus „für ideologische Zwecke“, um „jede Kritik der israelischen Politik in den besetzten Gebieten zu ersticken.“ Gleichzeitig wurde wieder einmal der Vorwurf laut, der Bezug auf die Einzigartigkeit des Holocaust provoziere eine Opferkonkurrenz, welche andere rassistische oder kolonialistische Gewaltverbrechen ausblende und aus dem erinnerungspolitischen Konsens der Bundesrepublik ausschleße. Die Kritik an Antisemitismus als rassistisch motiviert umzudeuten ist auch deswegen fatal, da es einerseits der unbedingt nötigen Restitutionsdebatte um deutsche Kolonialschuld schadet und auch andererseits zusehends das gemeinsame Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus erschwert. Das eine gegen das andere auszuspielen,

ist dabei ironischerweise der Vorwurf, den immer wieder diejenigen zu hören kriegen, die Antizionismus und Antisemitismus kritisieren.

Die in weiten Teilen projektiv geführte Debatte zeitigte zumindest in Bezug auf die Einladungs politik gegenüber Achille Mbembe keine Wirkung. Vom 12. bis 14. Februar 2021 veranstaltete die in Frankfurt am Main ansässige Menschenrechtsorganisation medico international eine Konferenz mit dem Titel „Die [Re]Konstruktion der Welt. Hilfe. Solidarität. Politik“ [4], in deren Rahmen auch Achille Mbembe als einer der Hauptredner sprach. Dass ausgerechnet das Frankfurter Institut für Sozialforschung, dessen historische Bedeutung für die Verfolgungsgeschichte jüdischer Forschung und die Kritik des Antisemitismus unbestritten ist, als Mit-Organisator der Konferenz auftrat, verdeutlicht die Notwendigkeit, sich nochmal genauer mit Mbembes Antisemitismus auseinanderzusetzen.

Alex Gruber zeigte dabei in seinem Vortrag, dass es bei dieser Auseinandersetzung eben nicht nur um seine vermeintlichen Verbindungen zur BDS-Bewegung oder der angeblichen Vergleichbarkeit des Apartheidsregime in Südafrika mit israelischer Siedlungspolitik gehen sollte, sondern dass die Analyse der zentralen Begriffe in Mbembes philosophischen Ausführungen ein sehr viel deutlicheres Bild von den zugrundeliegenden antisemitischen Ressentiments zeichnet.

Betrachtet man beispielsweise den Begriff der „Nekropolitik“, den Mbembe 2003 das erste Mal einführte: Als Weiterführung von Michel Foucaults Konzept der „Biopolitik“ gedacht, bezeichnet er eine Art politischer Herrschaftssicherung, bei der durch die Bestimmung und den potentiell tödlichen Ausschluss des politischen Feindes die eigene Souveränität garantiert werde. Es gelte bei dieser klassisch modernen Konstitution des Staates also bestimmend zu trennen zwischen dem, der leben darf und dem, der sterben muss. Für Mbembe gestaltet sich diese biopolitische Feindbestimmung anhand von rassistischen Vorurteilen. Das südafrikanische Apartheidsregime wie auch die Vernichtung der europäischen Juden können nach ihm dabei als „emblematische Manifestationen“ dieses Trennungswahns [5] verstanden werden.

Abgesehen davon, dass Mbembe hier die historischen Bedingungen des Holocaust und vor allem die Spezifika des nazistischen Erlösungsantisemitismus einfach übergeht, werden seine Ausführungen besonders problematisch, wenn er auf die die Biopolitik in der Spätmoderne ablösende Nekropolitik zu sprechen kommt: Diese sei nämlich als reine Organisationsform für den Tod zu verstehen. Wo die biopolitische Ausgrenzung noch einem ökonomischen oder politischen Zweck gedient hätte, bestimmt die Nekropolitik ihre Feinde nur noch als zweckfreie Objekte, deren Leben einzig als „Medium des Todes“ zu verstehen wäre [6]. Diese Verwaltungsform gegenüber den als Feinden bestimmten Subjekten, findet Mbembe nun aber ausgerechnet am vollkommensten umgesetzt in der „koloniale[n] Besetzung Palästinas“ [7]. Nicht die Shoah, nicht einmal rassistische Gewaltverbrechen, erfüllen für Mbembe diese umfassendste Vernichtungsabsicht gegenüber den Ausgeschlossenen – nein, Israel, dessen politisches Handeln gegenüber den Palästinensern er als Reihe von willkürlichen Maßnahmen, unsichtbaren Tötungen und asymmetrischen Angriffen charakterisiert, steht hier an der Spitze der Negativität. Besonders perfide wird diese Zuschreibung, wenn er die Ressourcen einer solchen Politik in der eigenen Verfolgungsgeschichte der israelischen Jüdinnen und Juden zu entdecken meint. Schon in seinem 1992 veröffentlichten Essay „Israel, die Juden und wir“ versucht er zu belegen, wie in seinen Augen die Opfer von gestern die Täter von heute werden konnten. Die Erfahrung der Verfolgung und Vernichtung prädestiniert dieser Logik nach den israelischen Staat zur Ausübung politischer Macht, die nur durch den Opfertod eines anderen die eigene Souveränität sicherstellen könne. Alex Gruber schreibt zu dieser Herleitung: „In der Behauptung, die Israelis würden die Palästinenser ihrem vergöttlichten Allgemeinwesen zum Opfer bringen, unterstellt Mbembe dem jüdischen Staat nicht nur die Wiedereinführung des Menschenopfers, welches das Judentum historisch abgeschafft hatte, sondern liefert auch eine Neuauflage der klassischen Ritualmordlegenden.“ [8].

In der Debatte um Mbembes Antisemitismus wurde von postkolonialer Seite der

Vorwurf laut, man würde sich aufgrund von rassistischen Vorurteilen nicht mit seiner Kritik auseinandersetzen und wolle eine unliebsame Stimme mit falschen Vorwürfen mundtot machen. Tut man aber genau das, und schaut bei Mbembes Ausführungen etwas genauer hin, muss sich dieser Vorwurf umkehren in die Behauptung, eine notwendige Thematisierung deutscher Kolonialschuld oder der wichtige Kampf gegen Rassismus wäre auf solche haarsträubenden antisemitischen Dämonisierungen Israels irgendwie angewiesen. Wer genau diese Verknüpfung aber nicht mitmachen will, sollte weiter auf einer inhaltlichen Auseinandersetzung in solchen Debatten beharren und sich nicht auf die Scheinkämpfe einlassen, die die Kritik am Antisemitismus in Zensurvorwürfe umdrehen.

Luise Henckel  
Sprecherin des Jungen Forum  
Frankfurt am Main

**Alex Grubers Artikel ist zu finden in:**

Alex Gruber: *Speerspitze des postkolonialen Antisemitismus. Achille Mbembes ‚Nekropolitik‘ als Handreichung für deutsche Erinnerungskultur. In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik. Heft 17, ça ira-Verlag: Freiburg 2020/21, S.5-25.*

[1] Jörg Hätzschel (2020): *Sehr viel Fantasie. Unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/achille-mbembe-antisemitismus-klein-1.4881441> (zuletzt abgerufen am 03.04.2021)*

Stephan Detjen (2021): *Antisemitismusbeauftragter als diskursiver Schrankenwärter. Unter: <https://www.deutschlandfunk.de/streit-um-historiker...> (zuletzt abgerufen am 12.02.2021)*

[3] Achille Mbembe (2020): *Gigantische Diffamierungskampagne. Unter: <https://taz.de/Mbembe-zum-Antisemitismus-vorwurf/15684094/> (zuletzt abgerufen am 03.04.2021)*

[4] <https://www.medico.de/reconstruction> (zuletzt abgerufen am 03.04.2021)

[5] Achille Mbembe: *Necropolitics. Durham: London 2019, S. 46.*

[6] Achille Mbembe: *Politik der Feindschaft. Berlin 2017, S. 73.*

[7] Achille Mbembe: *Necropolitics. S. 80.*

[8] Alex Gruber: *Speerspitze des postkolonialen Antisemitismus. In: sans phrase. Heft 17, Freiburg 2020/21, S. 23.*

Junges Forum der DIG Hamburg

# Feministischer Protest gegen das IZH

Am Montag, dem 8. März, dem Internationalen Frauentag 2021, protestierten wir an der Seite der IWP-International Women in Power, der Säkularen Muslime Hamburg und des BgA – Bündnis gegen Antisemitismus Kiel mit insgesamt 100 Teilnehmenden gegen den politischen Islam, welcher von der Blauen Moschee gepredigt wird.

Wir setzten gemeinsam ein Zeichen, denn Frauenrechte sind nicht an Landesgrenzen gebunden. Sie hören nicht auf, ein Imperativ für jede Gesellschaft zu sein, nur weil man eine bestimmte Region verlässt. Dass dies auch im so genannten „Nahen Osten“ geht, zeigt ein kleines Land am Meer. Israel hat seit seiner Gründung verstanden, dass eine freie Gesellschaft nur funktionieren kann, wenn alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Rechte haben – gleich welchen Geschlechts, gleich welcher Sexualität, gleich welcher Religion.

Der rot-grüne Senat, welcher über die Schura und die Blaue Moschee das iranische Regime direkt an der religiösen Ausbildung der Hamburger Schülerinnen und Schüler beteiligt, muss, wenn er es mit der Gleichstellung ernst meint, von diesen Kooperationspartnern trennen. Die Staatsverträge mit der Schura müssen



Protest vor dem IZH

endlich ein Ende haben! Aber auch über den 8. März hinaus dürfen die Proteste gegen das IZH kein Ende finden und so zogen wir am diesjährigen Al Quds Tag, dem 9. Mai, erneut vor das IZH, um den vom

politischen Islam Unterdrückten unsere Stimme zu leihen.

Sarah Rambatz  
Regionalkoordinatorin Nord,  
Sprecherin Junges Forum Hamburg



Pro-Israel-Demo in Hamburg

## DIG Kassel

# Schalom-Bahn-Kassel

## AG Kassel startet mit Schalom-Straßenbahn

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland ab Mai auch in Kassel sichtbar

Als die ersten Bilder der Kölner „Schalömchen-Bahn“ im Sommer 2020 veröffentlicht wurden, kam mir als Vorsitzendem der AG Kassel die Idee: Das braucht Kassel auch!

Eine Idee hat aber nur Sinn, wenn man diese mit Leben füllt. Die vergangenen Monate standen daher im Zeichen der Suche nach zahlreichen Spendern, um den Plan auch finanziell auf die Schiene zu bringen.

Nach etlichen E-Mails und Telefonaten gelang es, mehr als 12.000 Euro an Spenden einzusammeln und so die Bahn für über 6 Monate zu finanzieren. Dazu kam uns die Werbeagentur Ströer mit 15% Rabatt entgegen, und die Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG spendete weitere 6 Monate kostenfreie Fahrzeit. So ist es uns jetzt möglich, die Schalom-Bahn-Kassel über 14 Monate fahren zu lassen.

Der Kasseler Vorstand brachte im Entstehungsprozess viele wertvolle Ideen ein und so entstand ein Konzept, welches etwas andere Wege geht als das der Kölner Bahn. Nur eine Kopie auf die Schiene zu bringen, wollten wir dabei vermeiden.

Eine weitere Zielsetzung war es, ein positives Bild von Israel und dem Judentum zu zeichnen, insbesondere denen, die bei den Bürger, welche diesem Thema kritisch gegenüberstehen. Viele Bürger wissen ja gar nicht, dass schon seit den Römern zahlreiche Juden unter uns leben und dass deren Geschichte nicht nur aus der grausamen Zeit des Holocausts besteht.

**So entstand nach vielen konstruktiven Diskussionen folgendes Konzept:**

Auf dem vorderen Abschnitt der Straßenbahn widmen wir uns dem Thema 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland und nehmen hier die Namen vieler berühmter jüdischer Mitmenschen auf, welche aus Deutschland stammten. Darunter Jüdinnen und Juden wie Moses Mendelsohn, Heinrich Heine, Anne Frank, Albert Einstein und viele weitere.

Darüber hinaus bilden wir auf diesem Teil die Spender ab, welche mit teils erheblichen Summen die „Schalom-Bahn-Kassel“ möglich gemacht haben. Der Vorstand der DIG AG Kassel dankt daher herzlich folgenden Unternehmen: Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG, HÜBNER GmbH & Co. KG, Volkswagen Werk Kassel, Sparkasse Kassel sowie unseren Kooperationspartnern Arolsen Archives, Sara Nusbaum Zentrum, Evangelisches Forum, Gegen Vergessen für Demokratie e.V. – Nordhessen-Süd-niedersachsen, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Kassel e.V. und der Gedenkstätte Breitenau.

Ebenso danken wir weiteren Unternehmen die nicht genannt werden möchten und zahlreichen privaten Spendern, welche die Bahn mit Spenden zwischen 50 bis 650 EUR unterstützt haben.



Vorderes Segment der Schalom-Straßenbahn

Im mittleren Teil der Bahn greifen wir das vielfältige jüdische Leben in Kassel auf, welches seit dem Jahr 1262 dokumentiert ist. Nach erheblichem organisatorischen und finanziellen Aufwand waren wir dazu in der Lage, sechs Bilder berühmter jüdischer Mitmenschen mit den Druckrechten zu erhalten.

Auf unserer Kasseler Homepage [www.digkassel.de](http://www.digkassel.de) haben wir dazu kurze Infos zu den Kasseler Persönlichkeiten zusammengetragen.

Auf einer weiteren Fläche des mittleren Teils machen wir kurz die jüdische Geschichte in Kassel von 1262 bis heute sichtbar.



Mittleres Segment der Schalom-Straßenbahn

Auf dem hinteren Abschnitt der Straßenbahn war uns etwas Eigenwerbung für unsere Arbeitsgemeinschaft und unseren Israeltag am 25.09.2021 gestattet.

Darüber hinaus möchten wir auf der Fläche: „Sind wir nicht alle etwas jiddisch?“ mit einem Augenzwinkern darauf hinweisen, wo Jüdisches uns überall im Leben umgibt, ohne dass viele Bürger dies wissen. Wer würde schon deutsche Wörter wie „Kaff“ oder „Zocken“ mit dem Judentum verbinden?



Hinteres Segment der Schalom-Straßenbahn

Wenn Sie diese Ausgabe in Händen halten, dann wird die Kasseler „Schalom-Bahn“ schon kreuz und quer durch Kassel fahren und sicherlich für Aufsehen sorgen.

Markus Hartmann



Ministerpräsident Bernhard Vogel, Johannes Gerster, Adenauerenkel Konrad Adenauer überreichen Teddy Kollek um 90. Geburtstag ein Bild mit dem 90-jährigen Konrad Adenauer und dem 55-jährigen Teddy Kollek (1991)

Dr. h.c. Johannes Gerster, Ehrenpräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

## 55 Jahre Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) Ich bin seit 54 Jahren dabei

**A**m 19. Mai 1966 fand die Gründungsversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in der Akademie der Künste in Berlin statt. Namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Kirchen und dem gesellschaftlichen Leben hatten diese Gründung seit Dezember 1965, dem Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland, vorbereitet. Aufgabe der neuen Gesellschaft sollte es – kurz gesagt – sein, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und dem Frieden im Nahen Osten zu dienen.

Ein Jahr später war ich Mitgründer der DIG-Arbeitsgemeinschaft Mainz und wurde als Jüngster in den Vorstand gewählt. Dass ich dabei mitmachte, war für mich

keine Frage. Meine Eltern hatten vor 1945 Mainzer Juden versteckt und vor den Nazi-Schergen in Sicherheit gebracht. Ihr Schicksal war in unserer Familie mit sechs Kindern Thema. 1941 geboren, lehnte ich jede Form von Kollektivschuld der Deutschen für die Naziverbrechen ab, glaubte aber an die moralische Verpflichtung, für ein Leben der Juden in Frieden und Sicherheit, in Israel und an jedem anderen Ort der Welt, arbeiten zu müssen.

1972 wurde ich als 31-Jähriger in den Deutschen Bundestag gewählt, dem ich mit kurzer Unterbrechung bis 1994 angehörte. In diesen 22 Jahren war ich zunächst Stellvertreter von Annemarie Renger im Vorstand der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe und später deren

Vorsitzender. 1982 folgte das Amt eines Vizepräsidenten der DIG, das ich bis 1998 unter den Präsidenten Blumenfeld, Koschnick, Lahnstein ausübte. Von 1997 bis 2006 arbeitete ich im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem, wo mich der Präsident der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, Asher Ben Nathan, 1998 bis 2006 zu seinem Stellvertreter machte. Ich war als Nichtisraeli bis heute der Einzige in diesem Vorstand. Nach meiner Rückkehr nach Deutschland wurde ich als Nachfolger von Lahnstein für vier Jahre zum DIG-Präsidenten gewählt und wurde danach deren Ehrenpräsident. Bis heute erlebte ich in und mit der DIG 54 spannende Jahre.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat mit der im gleichen Jahr gegründeten

Israel-Deutschen-Gesellschaft und in enger Zusammenarbeit mit den beiden Parlamentariergruppen ein enges Netz von Beziehungen in beiden Ländern aufgebaut. Regelmäßig besuchten sich Delegationen der beiden Schwestergesellschaften und natürlich betreuten sie auch Einzelbesucher in Bonn und Jerusalem. Das war keinesfalls problemlos. Mit Vertretern der israelischen Arbeitspartei waren die Kontaktaufnahmen bedeutend leichter als mit den Mitgliedern der Likudpartei. Diese stellte beispielsweise einen Sprecher (Präsident) des israelischen Parlamentes, der Knesset, der sich noch in den 80er Jahre weigerte, einem Deutschen die Hand zu geben. Sehr erfolgreich waren in diesen Jahren die deutsch-israelischen Konferenzen, die im Wechsel in beiden Ländern stattfanden. Dabei waren immer auch Delegationen beider Parlamentariergruppen beteiligt.

Eine besondere Belastungsprobe unserer Beziehungen zu Israel waren die dreimaligen Debatten des Bundestages über die Verjährbarkeit von Mord. Zuerst wurde der Beginn der Verjährung der NS-Verbrechen von 1945 auf den Beginn der Bundesrepublik 1949 verlegt, dann von 20 auf 30 Jahre verlängert. In den 70er Jahren wurde die Verjährung von Mord ganz aufgehoben. Meine Fraktion hatte sich gegen die Aufhebung entschieden, weil gerechte Strafverfahren drei Jahrzehnte nach der Tat nicht mehr ordentlich durchgeführt werden könnten. Ich war der Meinung, dass das die Gerichte in jedem Einzelfall entscheiden müssten und nicht der Bundestag generell und organisierte 40 Unionsabgeordnete, die gegen den Willen des Fraktionsvorsitzenden Kohl und des CSU-Vorsitzenden Strauß mit der regierenden SPD und mit 50 Prozent der mitregierenden FDP die Aufhebung durchsetzten.

Besondere Belastungen erfuhren unsere Beziehungen wegen allzu enger Wirt-

55 Jahre sind vergangen seit der Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Bonn. Unser Kollege, Dr. Widu Wittekindt, bereitet aus Anlaß dieses Geburtstages ein besonderes Projekt vor: Er spricht mit den Mitgliedern der ersten, der zweiten, der dritten Stunde über die frühen Erfahrungen mit Israel und den deutsch-israelischen Beziehungen. So werden in den kommenden Magazinen jene zu Wort kommen, die die „Jugend der DIG“ erlebt haben, aber auch Mitglieder, die erst seit 30 Jahren beitreten oder Arbeitsgemeinschaften gründen konnten: die Israelfreunde der DDR. Dass diese Serie eröffnet wird von unserem Ehrenpräsidenten, Dr. h.c. Johannes Gerster, ist uns eine Ehre – und ein Vergnügen.



Zwei Ehrendoktoren der Ben Gurion Universität – Bundespräsident Roman Herzog und Johannes Gerster (1999)

schaftsbeziehungen zu Israelfeindlichen arabischen Nachbarstaaten oder gar durch deutsche Waffenlieferungen beispielsweise an Saudi-Arabien. Da hörte der Spaß schnell auf. Empört reagierten die Deutschen wiederum, als der israelische Premierminister Begin Bundeskanzler Helmut Schmidt als Nazileutnant diffamierte. Auf Bitten von Annemarie Renger flog ich nach Israel, um als „Schwarzer“ den roten Bundeskanzler in Schutz zu nehmen. Auf Vermittlung von Teddy Kollek traf ich Begin, der auf meine Vorhaltungen in Sachen Schmidt nicht einging, meine Freundschaft zu Israel lobte und die Schmidtbeschimpfungen nicht wiederholte.

Wir waren Brückenbauer und glätteten die Wogen, wenn die Brandung zwischen beiden Staaten allzu stürmisch wurde. Ich erinnere mich, dass ich im Zuge der deutschen Wiedervereinigung in fünf Monaten dreimal in Israel war, um auf Bitten von Kanzler Helmut Kohl dort um Verständnis für die Vereinigung zu wer-

ben. Dort war die Sorge über ein neues Großdeutschland anfangs sehr groß. Positiv wurde auch bei unseren israelischen Freunden unser jahrelanger Kampf um Deutsche U-Boote für das bedrohte Israel aufgenommen. Ausgerechnet nach Öffnung der Mauer konnte ich inoffiziell unseren Freunden mitteilen, dass am 23. November der Bundessicherheitsrat der Lieferung der ersten U-Boote zustimmen werde. Protokollarisch waren der Bote (ich) und die Form der Übermittlung nicht korrekt, politisch aber äußerst hilfreich.

Natürlich gab es auch innerhalb der beiden Schwestergesellschaften immer wieder Missverständnisse und Spannungen. Meine erste Konferenz als DIG-Vizepräsident im Jahre 1983 habe ich in besonderer Erinnerung. An drei Tagen hatten die beiden überalterten Delegationen, deren jüngster Teilnehmer ich mit 42 Jahren war, fast nur ein Thema: Die Aufarbeitung der schrecklichen Vergangenheit. Allzu forsch meldete ich mich zu Wort, um kurzgefasst meine Botschaft loszuwerden: Wenn wir nicht über unsere gemeinsame Zukunft reden und jüngere Leute für unsere Arbeit gewinnen, sterben unsere Gesellschaften aus. Bei der deutschen Delegation, die mehrheitlich aus Sozialdemokraten bestand, brach ein Sturm der Entrüstung aus. Gerhard Jahn, erster DIG-Präsident und zeitweise Bundesjustizminister watschte mich nach besten Kräften ab. Das sei typisch



CDU, die Vergangenheit verdrängen. Asher Ben Nathan und weitere israelische Delegierte nahmen mich in Schutz. So hätten sie mich nicht verstanden, ich hätte Recht. Innerhalb eines Jahres gründeten beide Gesellschaften Jugendforen. Auf israelischer Seite nahmen der zu früh verstorbene Amnon Noy, der heutige IDG-Präsident Grisha Alroi-Arloser und sein Vertreter Michael Weinberg das Thema Jugend in die Hand. Die Tagesordnungen der Konferenzen wurden erweitert, wir waren in der Gegenwart angekommen..

Zur Ehrenrettung der Sozialdemokraten muss ich allerdings sagen: Sie hatten nach 1945 und in den ersten Jahrzehnten maßgeblich den Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen vorangetrieben. Es waren oft sozialdemokratische Oberbürgermeister, die deutsch-israelische Städtepartnerschaften pflegten, es waren starke Verbindungen der Gewerkschaften DGB und Histadrut. Die SPD hatte eine Bruderpartei in Israel, die Arbeitspartei. Meine Partei hatte so starke Verbindungen nicht und da kommt so ein Schnösel von der CDU und belehrt große Israelfreunde aus der SPD, was zu tun sei. Der Anfang in der DIG war schwer für mich. Es wurde im Laufe der Jahre auch dank bedeutender Sozialdemokraten wie Koschnick und Lahnstein immer leichter!

Eine neue Zielrichtung erfuhren meine israelbezogenen Aktivitäten natürlich mit



**Johannes Gerster im Gespräch mit Israels Premierminister Ariel Sharon und dessen Kabinettschef Dov Weissglass (2003)**

meinem Umzug 1997 nach Jerusalem. Wir betrieben mit Teddy Kollek den Bau des Konrad Adenauer Zentrums als Begegnungsstätte für Juden, Christen und Moslems, wir organisierten in 9 Jahren rund 200 Arbeitssitzungen mit Israelis und Palästinensern und wir vertieften, ich jetzt auf israelischer Seite, unsere länderübergreifenden Beziehungen. Kaum nach Deutschland zurückgekehrt wurde ich zum DIG-Präsidenten gewählt. Am 14. Mai 2008 feierten wir in der Paulskirche 60 Jahre Staat Israel. Dieser Festakt wurde live in Phoenix übertragen, ein einmaliges Ereignis für die DIG.

Die Deutsch-Israelischen Beziehungen sind heute besonders gut, auch ein Verdienst der DIG! Dass Israel vom UN-Menschenrechtsrat ständig diffamiert wird, ohne dass Staaten wie China, Russland oder die Türkei verurteilt werden und dass Deutschland dagegen nicht angeht, ist ein Armutszeugnis. Dass in Deutschland wieder rechte Hassredner und Antisemiten in den Parlamenten sitzen, ist eine Schande. Die DIG ist 55 Jahre alt. Sie wird auch in Zukunft gebraucht, mit jugendlichem Elan.

Dr. h.c. Johannes Gerster



**Der israelische Staatspräsident Ezer Weizmann begrüßt Johannes Gerster**

#### Der Autor

Dr. h.c. Johannes Gerster wurde 1941 in Mainz als Jüngstes von 6 Kindern geboren. Er ist verheiratet, 3 Kinder und 8 Enkel. Er ist Volljurist, war Regierungsdirektor im rheinland-pfälzischen Innenministerium, 6 Wahlperioden im Deutschen Bundestag und 9 Jahre Leiter der Konrad Adenauer Stiftung in Jerusalem/Israel. Mit der DIG ist er seit 54 Jahren verbunden, vom Vorstandsmitglied in der Mainzer Arbeitsgemeinschaft bis zum Ehrenpräsidenten heute. Er ist Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und des Ehrenringes der Stadt Mainz. Israel ehrte ihn u. a. als Freund von Jerusalem und mit der Ehrendoktorwürde der Ben Gurion Universität.

# Ein Gerechter unter den Völkern

„Wer einen Menschen rettet, rettet die ganze Welt“ heißt es im Talmud, einem der bedeutendsten Schriftwerke des Judentums. Sollte das stimmen, rettete Feldwebel Karl Laabs Hunderte Mal die Welt. Seine Geschichte gehört zur Lehre angehender Unteroffiziere der Deutschen Luftwaffe und zukünftig wird das Schulgebäude in Appen seinen Namen tragen.

Sieben Oscars und drei Golden Globes gewann Steven Spielbergs Meisterwerk „Schindlers Liste“. Der 1993 erschienene Spielfilm handelt von den Heldentaten Oskar Schindlers. Im Zweiten Weltkrieg rettete er etwa 1200 Juden vor ihrer Ermordung im Vernichtungslager Auschwitz, indem er sie in seinen Fabriken beschäftigte.

Der Name Oskar Schindler ist in diesem Zusammenhang allgemein bekannt. Von Karl Laabs hingegen haben weit weniger Menschen gehört. Dabei sind seine Taten nicht weniger bedeutend und gehen in eine ganz ähnliche Richtung.

## Landwirtschaft als Tarnung

Der gelernte Architekt Karl Laabs wurde aufgrund seiner nicht eindeutigen Treue zum nationalsozialistischen Regime 1941 nach Krenau in Oberschlesien strafversetzt. Dort arbeitete er als Kreisbaurat. Schnell gewann er Einblicke in die Abläufe und Verfahren der örtlichen Geheimen Staatspolizei, kurz Gestapo.

Mit dem Ziel, zumindest einige Menschen vor der Vernichtung in Konzentrationslagern zu bewahren, erwarb er ein großes landwirtschaftliches Gehöft. Er forderte jüdische Zwangsarbeiter an und versah



Karl Laabs: 30. Januar 1896 – 4. März 1979

Foto: The Righteous among the Nations, Yad Vashem, Jerusalem

sie mit Arbeitsausweisen. Das verhinderte ihre Deportation in das nahe gelegene Konzentrationslager Auschwitz und schützte sie somit vor dem sicheren Tod. Der landwirtschaftliche Betrieb war nur Fassade. Karl Laabs ließ sein großes Grundstück durch feste Zäune sichern und installierte Schutz- und Fluchtvorrichtungen. Er versah beispielsweise die Wege zwischen den Gebäuden mit Holzbohlen, um so bei Regenwetter Fußspuren zu verschleiern. Durch all diese Vorrichtungen konnte die Gestapo getäuscht werden. Außerdem sorgte er für seine Angestellten und behandelte sie mit Respekt. Ferner bot er jüdischen Flüchtlingen Zuflucht, verpflegte und versorgte sie.

## „Große und edle Taten in einer gefährlichen Zeit“

Zu ihnen gehörte auch Ruth Weichmann, deren Familie dank Karl Laabs diese schreckliche Zeit überlebte. In mehreren Briefen bedankte sie sich bei Laabs und sagte auch für ihn in den Aufarbeitungsprozessen nach Kriegsende aus.

„Sie waren einer der wenigsten, die so große und edle Taten in einer so gefährlichen Zeit vollbrachten. Ich werde und kann es immer wieder betonen, dass Sie mir und meiner Familie das Leben retteten – geschweige alles andere, das Sie für viele Juden taten!“, schrieb Ruth Weichmann in einem Brief an Karl Laabs 1948.



Quelle: The Righteous among the Nations, Yad Vashem, Jerusalem

Baumpflanzung zu Ehren von Karl Laabs auf der „Allee der Gerechten“ in Yad Vashem

Was Laabs tat, führte aber auch zu Misstrauen innerhalb der Gestapo. So stand er selbst 1943 kurz vor der Inhaftierung. Nur durch gute Kontakte konnte er sich davor retten, indem er rückwirkend in die Luftwaffe der Wehrmacht eingezogen wurde. Allein sein fortgeschrittenes Alter – er war zu dieser Zeit 47 Jahre – verschonte ihn vor einem Fronteinsatz.

### „Ich habe keine Zeit, mit Ihnen hier rumzuquatschen“

Karl Laabs verstand es, seine geheimen Aktionen nicht auffliegen zu lassen. Er mimte nach außen stets den treuen Wehrmachtssoldaten und gaukelte glaubhaft seine Treue zu Adolf Hitler vor. Er spielte eine gefährliche, heldenhafte Rolle. Mit Plakaten wurde die Bevölkerung damals belehrt, dass jeder, der jüdisches Leben wissentlich schützt, mit dem Tode bestraft werde.

Seine waghalsigste und größte Rettungsaktion führte er im Jahr 1943 durch. Gekleidet in seine Uniform versammelte der damalige Feldwebel nachts etwa 100 Juden, um sie vorgeblich in das nahe liegende Konzentrationslager Auschwitz zu führen. Der örtlichen Polizei waren diese Märsche

und Transporte zwar bekannt und sie richtete ihren Dienst äußerst gefühllos. Trotzdem wurde Laabs von einem Polizisten misstrauisch nach seinem Auftrag gefragt. „Ich habe keine Zeit, mit Ihnen hier rumzuquatschen. Heil Hitler!“, entgegnete Karl Laabs ihm geistesgegenwärtig und mit authentisch schroffem Ton. Zudem untermauerte er seine Glaubwürdigkeit, indem er die Gefangenen immer wieder anranzte, „die Schnauze“ zu halten.

Er führte die polnischen Juden aber nicht nach Auschwitz, sondern auf sein eigenes Grundstück. Von dort organisierte er zwei Lastwagen, mit denen er sie ins heute tschechische Mislowitz bringen ließ. Die Fahrer bestach er und rettete somit allen rund 100 Menschen das Leben.

Kurz bevor 1945 die russischen Streitkräfte eintrafen, wurde Karl Laabs per Versetzungsbefehl aus Polen abgezogen und zum Flughafen Rothwesten bei Kassel in seine nordhessische Heimat beordert.

### Geehrt mit dem Bundesverdienstkreuz und als „Gerechter unter den Völkern“

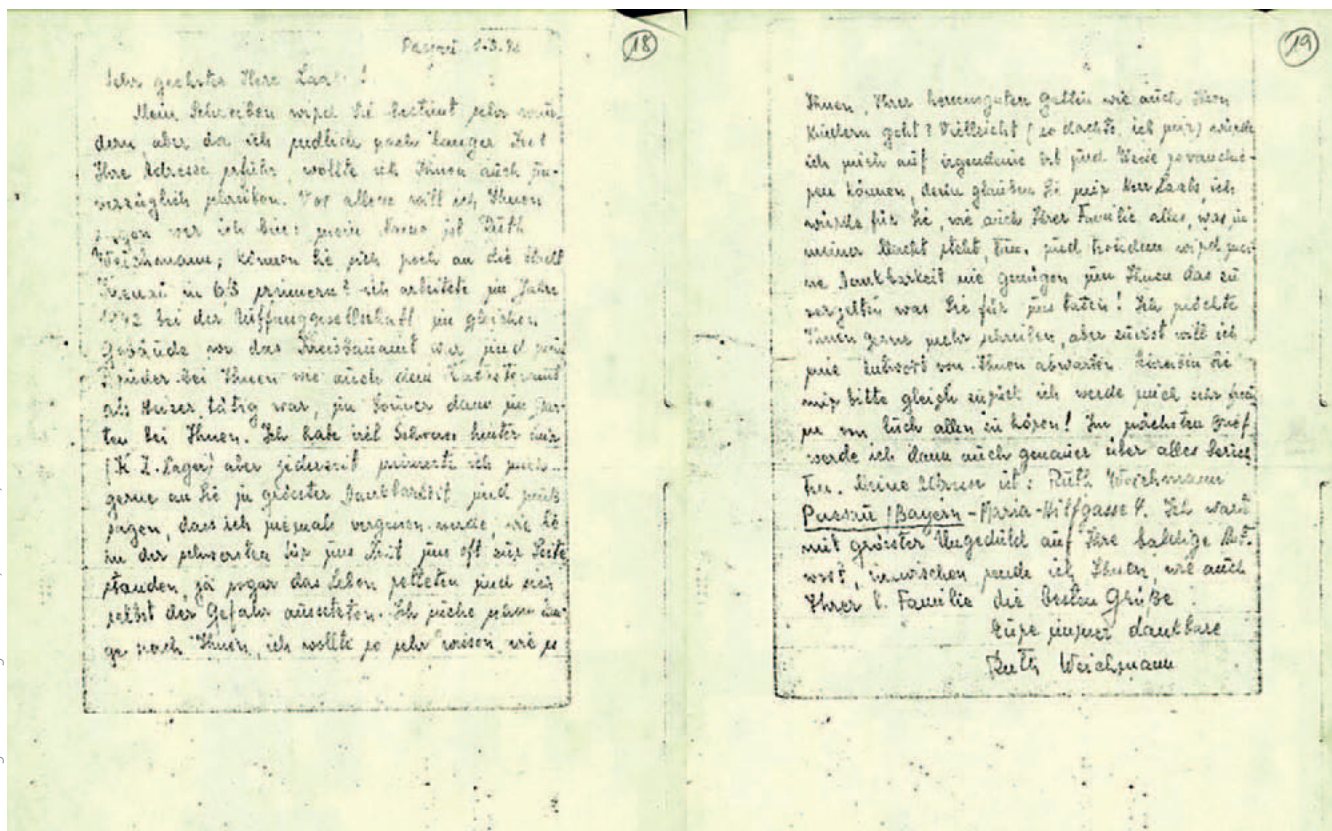
Für seine Taten erhielt Laabs im August 1972 das Bundesverdienstkreuz. Nach seinem

Tode 1979 wurde er als einer der wenigen Deutschen am 30. November 1980 in das Register „Gerechter unter den Völkern“ der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem aufgenommen. 1983 pflanzten seine Angehörigen einen Baum in Yad Vashem auf der „Allee der Gerechten“ zu seinen Ehren.

Seit Jahren setzt sich die Bundeswehr mit ihrer Tradition auseinander. Mit Unterzeichnung des Tagesbefehls billigt der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, nun die Vorschläge aus den Verbänden der Luftwaffe zur Benennung von verschiedenen Kasernen, Bauwerken, Straßen und andere Einrichtungen der Luftwaffe, die mit dem Traditionsverständnis der Luftwaffe in Einklang stehen.

Das Lehrgebäude der Unteroffizierschule der Luftwaffe, der sogenannte „Flieger“, wird zukünftig den Namen „Feldwebel Laabs Zentrum“ tragen. Sein Leben ist außerdem Teil der militärischen Ausbildung angehender Unteroffiziere und Feldwebel.

In einem Brief an den damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann vom April 1971 erklärte Karl Laabs seine Motivation für seine außergewöhnlichen Taten: „Mein



Einer der Briefe von Ruth Weichmann an Karl Laabs nach Kriegsende, um ihm zu danken.

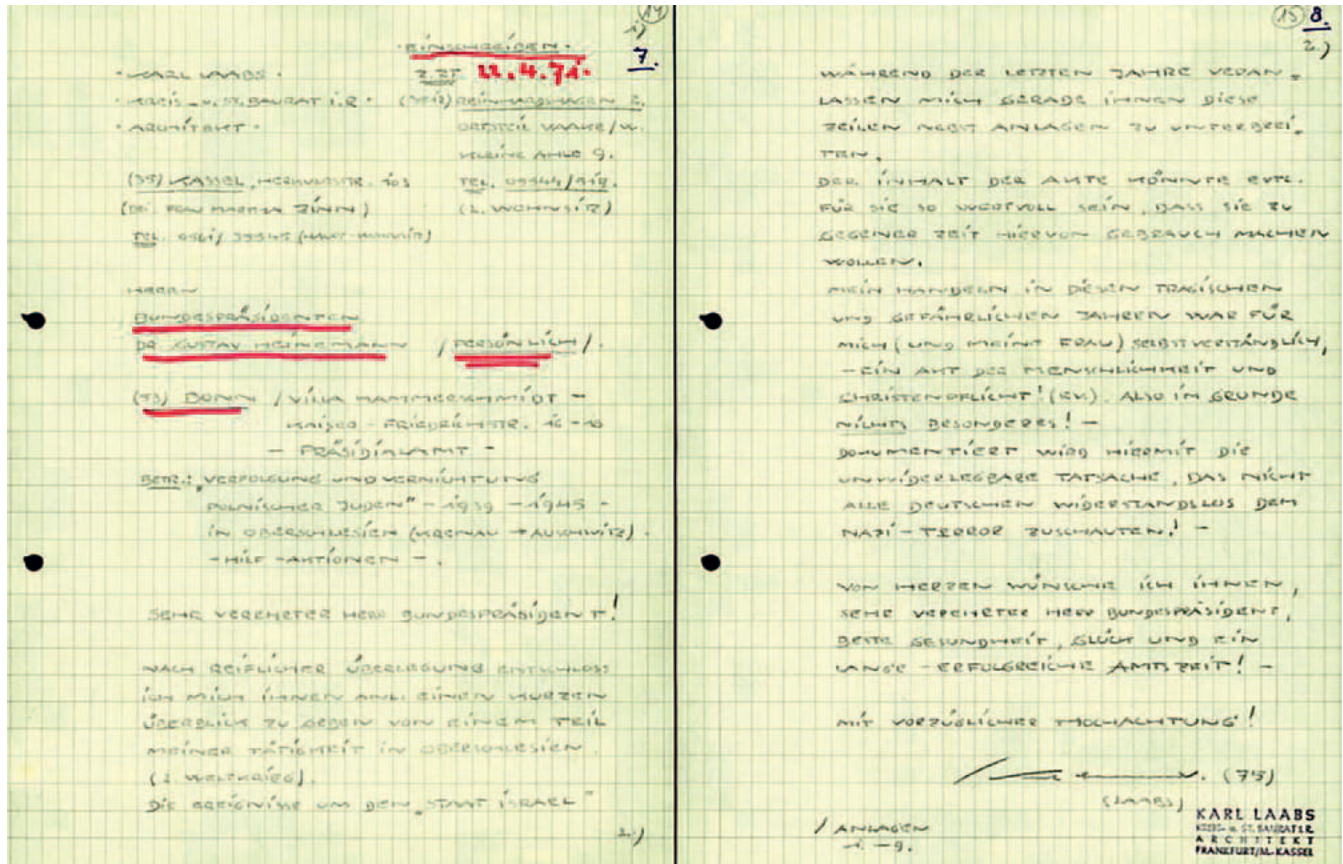


Foto: The Righteous among the Nations, Yad Vashem, Jerusalem

Der Brief an den damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann vom April 1971

Handeln in diesen tragischen und gefährlichen Zeiten war für mich und meine Frau selbstverständlich – ein Akt der Menschlichkeit und Christenpflicht! Also im Grunde nichts Besonderes“!

Das aufrechte, ehrenhafte und wahrhaftige Handeln des Karl Laabs – selbst unter Gefahr für das eigene Leben – ist beispielgebend für alle Angehörigen der Luftwaffe. Es ist ein Vorbild für ein Tra-

ditionsverständnis, das einer modernen und aufgeklärten deutschen Luftwaffe gerecht wird.

Stephan Jeglinski



Foto: Luftwaffe

Der „Flieger“ aus der Vogelperspektive. Das Lehrgebäude wird von heute an den Namen Karl Laabs tragen



Foto: Luftwaffe / Franz Hildemann

Mit der Unterzeichnung des Tagesbefehls billigt der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, die Vorschläge zur Benennung von Einrichtungen der Luftwaffe

# Jitzchak Rabin

Als Frieden noch möglich schien – Eine Biographie

Jitzchak Rabin war kein Charismatiker, sondern ein logisch denkender, erfahrener Kapitän. Weder hatte er Ben-Gurions prophetisches Feuer, noch Levis Eshkols warmherzige Eleganz. Die umwerfende Schlichtheit einer Golda Meir fehlte ihm ebenso wie der populistische Schwung eines Menachem Begin. Nie gab es „Rabin, Rabin“-Sprechchöre, wenn er vor einer Menge stand. Als der umsichtige Ingenieur, der gewissenhafte Steuermann, der er war, verkörperte er den Geist des neuen Israels, eines Landes, das nicht nach Erlösung suchte, sondern nach Lösungen.

Dieses Zitat von Amos Oz aus dem Jahr 1996 ist der Rabin-Biographie von Itamar Rabinovich vorangestellt. Das Buch wurde 2017 bei Yale University Press veröffentlicht und erschien 2019 in deutscher Übersetzung im Wallstein Verlag. Der deutsche Untertitel ist allerdings etwas irreführend. Denn Rabinovich geht es weniger um eine umfassenden Analyse des sogenannten Nahostkonfliktes oder, wie es im Untertitel heißt, um die Zeit, „als Frieden noch möglich schien“. Der ursprüngliche Untertitel „Soldier. Leader. Statesman“ hingegen trifft Rabinovichs Zugang weitaus besser.

Itamar Rabinovich, der sein Buch Ende 2020 bei der DIG Bremen vorgestellt hat, zeichnet sich durch eine besondere Expertise aus: er war nicht nur einer der engsten Vertrauten von Rabin, führte in dessen Auftrag Friedensverhandlungen mit Syrien und amtierte – so wie Rabin selbst – als israelischer Botschafter in den Vereinigten Staaten. Itamar Rabinovich ist darüber hinaus auch renommierter Geschichtswissenschaftler, war Professor an der Universität Tel Aviv, wo er auch als Rektor wirkte, ist heute Präsident des Israel Institute in Washington D.C. und Tel Aviv und lehrt an der New York University. Dass Rabin 1995 von einem extremistischen Israeli wegen seiner pragmatischen Friedenspolitik mit den Palästinensern ermordet wurde, dürfte weitreichend bekannt sein. Dass der erste im Land Israel geborene Ministerpräsident zunächst ein

Mann des Militärs war, vielleicht weniger. So kämpfte Rabin in jungen Jahren im israelischen Unabhängigkeitskrieg und stieg später sogar zum Generalstabschef der israelischen Armee auf. Unter seinem Kommando errang der Tsahal im Sechstagekrieg den triumphalen Sieg über Ägypten, Syrien und Jordanien.

Nach seiner Zeit als israelischer Botschafter in Washington von 1968 bis 73 übernahm Rabin nach Golda Meirs Rücktritt zum ersten Mal das Amt des Premierministers. In seine Amtszeit fiel die Unterzeichnung des Sinai-Zwischen-Abkommens, das den Weg für den Frieden mit Ägypten ebnete. Als Premierminister ordnete Rabin zudem die tief im israelischen nationalen Gedächtnis verankerte Befreiung der von Terroristen entführten Passagiermaschine im ugandischen Entebbe 1976 an.

1977 sah Rabin sich vor dem Hintergrund eines Finanzskandals seiner Ehefrau zum Rücktritt gezwungen. Die Neuwahlen gewann der Likud-Politiker Menachem Begin, was einen dramatischen Wandel in der bisher von linken Parteien dominierten israelischen Politik darstellte. Nach Begins Rücktritt amtierte Rabin, der der traditionsreichen mitte-links-Partei Awoda angehörte, in mehreren Regierungen als Verteidigungsminister. Die Niederschlagung der Ersten Intifada fiel in diese Amtszeit. Zudem ordnete Rabin den Rückzug der israelischen Armee aus dem südlichen Libanon an.

In seiner zweiten Amtszeit von 1992 bis zu seiner Ermordung 1995 trieb Rabin nicht nur den israelisch-palästinensischen Friedensprozess voran, indem er mehrere Abkommen mit den Palästinensern unterzeichnete, die als Osloer Verträge in die Geschichte eingingen und noch heute zentrale Ankerpunkte in den Friedensbemühungen darstellen. 1994 unterzeichnete Rabin darüber hinaus mit Jordanien das historisch zweite arabisch-israelische Friedensabkommen. 1994 erhielt er gemeinsam mit Shimon Peres und Yassir Arafat den Friedensnobelpreis.



Entlang dieser zentralen Stationen zeichnet Rabinovich ein Bild von Rabins Biographie, das sich, wie Michael Brenner es in seinem Vorwort formuliert, durch eine „faszinierende Kombination aus quellengeleiteter Forschung und persönlicher Einsicht“ auszeichnet.

Ebenfalls gewinnbringend lesen sich Rabinovichs Beschreibungen der politischen Stimmung in Israel kurz vor Rabins Ermordung. Geprägt war diese von Hetzkampagnen, Hate Speech und schließlich auch öffentlichen Mordaufrufen gegen den Premierminister. Der Attentäter, ein extremistischer israelischer Jurastudent, hatte sich bereits nach der Unterzeichnung der Osloer Verträge dazu entschlossen, Rabin zu töten. Dreimal nahm Jigal Amir seine Pistole mit zu Schauplätzen, an denen der Premierminister erwartet wurde, verzichtete aber aus jeweils unterschiedlichen Gründen auf einen Mordversuch. Am 4. November schließlich schoss er dem irritierenderweise ungeschützten Rabin während einer Friedensdemonstration in Tel Aviv drei Kugeln in den Rücken.

Itamar Rabinovich: Jitzchak Rabin – Als Frieden noch möglich schien, Eine Biographie, Wallstein Verlag Göttingen, ISBN 9783835334526, gebunden, 307 Seiten, EUR 24,90

Till Schmidt

## Der Autor

Till Schmidt ist freier Journalist und stellv. Vorsitzender der DIG Bremen.

DIG AG Köln

# Unerklärte Kriege gegen Israel



## Die DDR, die westdeutsche radikale Linke und ihre Feindseligkeit gegen Israel

Jeffrey Herf legte auf Englisch schon vor einigen Jahren sein Buch „Undeclared Wars against Israel“ vor. Jetzt ist das Buch, das man getrost als ein Standardwerk bezeichnen kann, auf Deutsch erschienen und preisgünstig auch über die Bundeszentrale für politische Bildung zu beziehen.

Jeffrey Herf ist sicher einer der vielseitigsten Antisemitismusforscher, er befasste sich bereits mit dem Antisemitismus in der nationalsozialistischen Propaganda, in einer eigenen Monographie auch mit der deutschen antisemitischen Propaganda im Nahen Osten, die Auswirkungen auf die Virulenz antisemitischer Deutungsmuster in der Region bis heute hat, die palästinensischen Eliten nachhaltig beeinflusste und von der vorrangig religiös motivierten Judenfeindschaft an den modernen Antisemitismus heranführte.

Jetzt hat er sich des spezifisch-linken Antisemitismus angenommen und untersucht in einer wechselseitig verflochtenen Beziehungsgeschichte die Wechselwirkungen zwischen dem staatsoffiziellen dogmatischen Marxismus-Leninismus in der DDR und den auf verschiedene Akteursgruppen bis hin zu bewaffneten terroristischen Gruppen verteilten Träger des Linken Antisemitismus nach dem Sechstagekrieg in der Bundesrepublik.

Sie alle eint eine ideologische Ebene, bei allen Fraktionierungen. Der Antiimperialismus, gepaart mit einem spezifisch antiwestlichen Verständnis des Antifaschismus im Osten, die die westlichen Kommunistinnen und Kommunisten teilten, waren einigende Klammern. Sie standen Konsenskapitalismus und -liberalismus im Westen entgegen. Die DDR und die anderen Ostblockstaaten verstanden sich vor dem Hintergrund des marxistisch-leninistischen Weltbilds als „antiimperialistische“ Staaten. Den Antiimperialismus leiteten sie aus Lenins programmatischen Schriften ab. Mit Thomas Hauray, der dieses Weltbild in einer längeren Zeitspanne in seinem Verhältnis zum Staat Israel und den Juden untersucht hat, handelte es sich um ein manichäisches Weltbild und eine entsprechende Ideologie, die die Welt sehr rigide in gute und schlechte Mächte schied, wobei sie Gut und Böse streng von einander trennte. Was den Nahostkonflikt betraf, markierte sie Israel als „Juden unter den Staaten“ als böse Gegenmacht. Bezogen auf Israel wurden die Juden als neokolonialistische Mächte beschrieben, die sich fremdes Land angeeignet hätten und die ursprüngliche Bevölkerung vertrieben hätten. Die Rechtmäßigkeit des UN-Teilungsbeschlusses und der Staatsgründung wurden, der frühen proisraelischen Positionierung der Sowjetunion und des Ostblocks zum Trotz, bestritten und der

Selbstverteidigungskrieg von 1948 und des Jahres 1967 wurden in eine israelische Aggression umgedeutet. Die realen Verhältnisse spielten in dieser ideologischen Interpretation nur eine untergeordnete Rolle.

Voraussetzungen der Nahostpolitik der Ostblockstaaten und der DDR sind in dieser antiimperialistischen Ideologie zu sehen. Von Interesse bleibt, dass die Sowjetunion und ihre Vasallenstaaten zunächst eine proisraelische Politik in den Vereinten Nation betrieben, die Staatsgründung entschieden unterstützten und zu diesem Zeitpunkt zwischen 1947 und 1950 auch Abstand davon nahmen, Israel als imperialistische Macht zu denunzieren, wie es sich kurze Zeit später abzuzeichnen begann. Unter den Vorzeichen des Kalten Krieges änderte sich dies 1949/50: Die antiisraelische Wende der Sowjetunion an der Schwelle zu den 1950er-Jahren wirkte sich zunächst vor allem innenpolitisch in den von ihr abhängigen Staaten des Ostblocks aus. In diesem Zusammenhang wendete sich die Aggression zunächst nach innen. Bis zu Stalins Tod 1953 fanden antisemitische Verfolgungen, die sich nach Stalins Tod entschärften, statt. Die antisemitische Welle im Ostblock verband drei Vorwürfe miteinander. Für die DDR hat Jeffrey Herf das sehr gut in seinem Buch „Zweierlei Erinnerung“ untersucht. Den Jüdinnen

und Juden in und außerhalb der KPen der Länder des Ostblocks wurde eine antikomunistische, kosmopolitisch orientierte Verschwörung vorgeworfen. Auch im restlichen Ostblock ging die Renaissance des Antisemitismus mit antisemitischem Verschwörungsdenken einher. Den Jüdinnen und Juden wurde ihr vorgeblicher „Kosmopolitismus“ als Einstellung, die im Gegensatz zur Leitideologie des Internationalismus stand, vorgeworfen. Dies wurde als wichtige Abweichung von der Klassenpolitik markiert und schließlich wurde ihnen unterstellt, den „Zionismus“, den die KPen des Ostens als Feindbild für sich entdeckt hatten, zu unterstützen. Dies entspricht dem klassischen antisemitischen Ressentiment, die Juden seien illoyal bzw. anderen Mächten als ihren Vaterländern loyal. Prominente jüdische Politiker wie Paul Merker in Ostdeutschland, der sich für eine eigene Wiedergutmachung der DDR gegenüber den Juden und freundschaftliche Beziehungen zu Israel eingesetzt hatte, fielen diesen innerparteilichen antisemitischen Verfolgungen zum Opfer und wurden zur Haft verurteilt.

Unter den Vorzeichen des Antiiperialismus schlossen Staaten wie die DDR unter der Führung der Sowjetunion in den 1960er-Jahren strategische antiisraelische Freundschaften mit arabischen Staaten. Zur Verschärfung der Feindbilder kam es um die Zeit des Sechstagekriegs, in dem sich die Ostblockstaaten vorbehaltlos mit der arabischen Seite solidarisierten und die Vernichtungsdrohungen gegen Israel ignorierten.

Der Ausbau des antiisraelischen Kampfes in der UNO war ein weiteres Merkmal der Politik dieser Zeit und prägte auch das Verhältnis zu PLO-Ablegern. Die UNO war ein wichtiger Austragungsort der Kämpfe in den „unerklärten Kriegen gegen Israel“. Auf dieser Ebene wurden vielfach Resolutionen der Vollversammlung unterstützt und forciert. Am Verheerendsten war wohl, dass sich die antiimperialistische Sichtweise in der sogenannten „Zionismus ist Rassismus“-Resolution 1975 der Vollversammlung der Vereinten Nationen niederschlug.

Dass die „unerklärten Kriege“ nicht kalt waren, belegen die vielfach durch Ost-

blockstaaten getätigten Waffengeschäfte mit erklärten Feinden Israels. Partner in diesen Waffengeschäften waren nicht nur die arabischen Staaten, sondern auch die PLO, die nach dem ideologischen Selbstverständnis als antiimperialistischer und antikolonialistischer Partner im Kampf gegen die „imperialistischen Mächte im Nahen Osten“ betrachtet wurde. Als diese imperialistischen Mächte wurden die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik betrachtet und in einer scharfzüngigen Propaganda angeprangert. Während die antiimperialistische DDR die Wiedergutmachungsleistungen an Israel als geheime Waffenhilfe und die tatsächlichen Waffenlieferungen der Bundesrepublik denunzierte, rüstete die DDR tatsächlich die Feinde Israels auf. Diese verübten mit der Waffenhilfe Dutzende von verbrecherischen Terroranschlägen. Das unterstützte den „unerklärten Krieg gegen Israel“ massiv.

Problematisch ist auch, dass die Ostblockstaaten Möglichkeiten zur Schulung von Terroristen anboten und unterstützten, palästinensischen Gaststudenten Bildungsmöglichkeiten boten. Erinnert sei hier an die Dissertation von Mahmud Abbas in Moskau, in der dieser für sein antisemitisches und antizionistisches Traktat promoviert wurde, in dem er den Zionisten vorwarf mit Nazideutschland paktiert zu haben. Die DDR empfing palästinensische Politiker wie Staatsgäste und behandelte palästinensische Milizionäre in ihren Krankenhäusern. Sie verschaffte diesen damit auch einen Rückzugsort. Bemüht blieben die DDR und die anderen Ostblockstaaten nur darum, dass die Blutspur von palästinensischen Terrorattentaten in Westeuropa nicht nach Osteuropa führte. Wie doppelbödig die Distanzierung und Verurteilung solcher Terrorattentate war, kann man an der parallelen Unterstützung des Terrors ablesen. Und bei der Verurteilung des palästinensischen Terrors beim Olympiaattentat gegen die israelischen Sportler 1972 unterließ die DDR jede Erwähnung, dass die Opfer Israelis waren.

Die Virulenz antisemitischer Deutungsmuster in der DDR-Öffentlichkeit ist nach der internationalen Working Definition der IHRA von Antisemitismus nicht zu be-

streiten. Die Aussagen in der DDR-Presse, im Rundfunk, in Karikaturen und im Fernsehen sind als antisemitisch zu werten. Sie dämonisierten Israel, etwa indem sie unterstellten, dass Israel Frauen und Kinder morde und indem sie den jüdischen Staat fortwährend mit dem Nationalsozialismus verglichen. Sie delegitimierten Israel fortwährend, in dem Grundlagen seiner staatlichen Legitimität bestritten, und sie setzten doppelte Standards, indem sie das arabische Staatshandeln und das Handeln der Terroristinnen und Terroristen permanent an anderen Maßstäben maßen als das Handeln Israels.

Der ganze Kontext war von einer antisemitischen Sprache und von antisemitischen Deutungsmustern in einer ideologischen Tiefe so sehr geprägt, dass sie auf die Entwicklung der Neuen Linken in der Bundesrepublik intensiv ausstrahlten und das bis weit über das Milieu der am ostdeutschen- und europäischen Staatssozialismus orientierten Parteien – gerade auch in Westeuropa – hinaus. Das Milieu der K-Gruppen in Westdeutschland wie auch die Terrorgruppen wie RAF, die Revolutionären Zellen, aber auch kleinere Gruppen wie die Tupamaros Westberlin eigneten sich die Deutungsmuster des antiimperialistischen Staatsantisemitismus an – und das, obwohl sich unter ihnen auch vorgeblich antiautoritäre Akteure befanden. Dazu gibt es vielfältige Belege, man denke nur an die sogenannten „Briefe aus Amman“ des antiautoritären Sponti-Kommunarden Dieter Kunzelmann, der an der Vorbereitung des Attentatsversuchs auf das Jüdische Gemeindehaus in der Fasanenstraße in West-Berlin beteiligt war.

Das Buch von Jeffrey Herf bietet noch viel mehr Perspektiven in der weithin vergessenen deutsch-deutschen Geschichte im Kalten Krieg und zeigt, dass sich an der Feindseligkeit gegenüber Israel auch in der Ära der Entspannung nicht viel änderte.

Jeffrey Herf: Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989, Göttingen: Wallstein 2019, ISBN 978-3-8353-3484-7, 40,10 EUR.

Dr. Johannes Platz  
Vorsitzender der DIG AG Köln

## Unermüdlich für den Deutsch-Israelischen Dialog

# Zum Tod von Ruth Selbert

Ehrenvorsitzende der AG Kassel am 13. Februar 2021 verstorben

Die Zerstörung der Melsunger Synagoge durch gewalttätige, staatlich gelenkte, nationalsozialistische Horden blieb Ruth Selbert zeitlebens in Erinnerung. Dieses beklemmende Geschehen, das sie als 14-Jährige in ihrer Heimatstadt miterleben musste, mag ein Beweggrund für die spätere engagierte Arbeit in der DIG gewesen sein.

Aber auch das vertrauensvolle Verhältnis zu ihrer Schwiegermutter, jener prominenten Kasseler Juristin und Sozialdemokratin, deren Name und Wirken untrennbar mit Art. 3 Abs. (2) GG verbunden ist („Männer und Frauen sind gleichberechtigt“), hat zu ihrem politischen und historischen Bewusstsein beigetragen.

1978, vor über vier Jahrzehnten in die DIG eingetreten, prägte sie von 1989 bis 1999 die Kasseler Arbeitsgemeinschaft als Vorsitzende. In diese Zeit fiel 1990 auch die Begründung der Städtepartnerschaft zwischen Kassel und Ramat Gan, an deren Zustandekommen Ruth Selbert und die

Kasseler DIG maßgeblichen Anteil hatten. Diese Verbindung füllte sie unter anderem dadurch mit Leben, dass sie zahlreiche über die Kasseler DIG veranstaltete Gruppenreisen mit vorbereitete und begleitete.

Ruth Selbert, geboren im Jahr 1924, erlernte den Beruf der technischen Zeichnerin, arbeitete bis 1946 in der Eisenbahndirektion und holte – nach einem zweijährigen Intermezzo als Volontärin im Bereich Bühnenbild am Staatstheater Kassel – 1949 die Reifeprüfung nach. Sie arbeitete als leitende Angestellte in einem Bauunternehmen, bevor sie 1951 heiratete und nach Geburt ihres Sohnes Axel 1952 die Berufstätigkeit vorübergehend unterbrach. 1960 wurde Tochter Susanne geboren; Ruth Selbert hinterlässt außerdem drei Enkelkinder und zwei Urenkel.

Das ehrenamtliche Engagement für ihre Stadt und deren Menschen fand auch in ihrer kommunalpolitischen Arbeit seinen Ausdruck. So trug sie über zwei Jahrzehnte im Kasseler Rathaus Verantwortung,

zunächst ab 1972 als Stadtverordnete der SPD-Fraktion und stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin und bis 1993 als Mitglied des ehrenamtlichen Magistrats.

Eine weitere Facette dieses Eintretens für ihre Mitmenschen und hier insbesondere für Benachteiligte in der Gemeinschaft waren ihre vielfältigen Aufgaben in der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Diese nahm sie ehrenamtlich sowohl auf Stadtteilebene in einem AWO-Ortsverein wahr, als auch als Mitglied im Vorstand des Kreisverbandes Kassel-Stadt dieses Wohlfahrtsverbandes.

Ruth Selbert starb am 13. Februar dieses Jahres in Kassel, wenige Wochen nach ihrem 97. Geburtstag. Die DIG Kassel verliert einen sozial, politisch und im zwischenmenschlichen Dialog hoch engagierten Menschen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Wolfgang Schwerdtfeger

## Ein Mann, der Israel lebte und liebte

Ralph Treviranus aus Frankfurt ist am 5. Juni 2021 gestorben

Nein, er war kein Theoretiker der deutsch-israelischen Beziehungen. Israel, das waren für Ralph Treviranus fünf wunderbare Lebensjahre. Israel war ihm Synonym für Karriere, für Familie, für die Freuden eines jungen Vaters. Und als ihn der Beruf zurück nach Deutschland führte, nach Frankfurt, wurde er nicht nur Mitglied der DIG, sondern reiste auch Jahr für Jahr für einige Wochen mit Frau und Sohn nach Tel Aviv. Immer mietete die Familie eine Wohnung, im „alten“ Tel Aviv zwischen Dizengoff und Hayarkon und lebte ein Stück der frühen Jahre nach. In Frankfurt engagierte sich Dr. Ralph Treviranus – niemand

wusste von der Promotion dieses gleichzeitig bescheidenen und selbstbewussten Mannes – immer konkret für Israel. So organisierte er den Austausch von Sozialarbeitern beider Länder, unterstützte die Arbeit der Henry und Emma-Budget-Stiftung, in der jüdische und christliche Senioren leben und war viele Jahre lang Schatzmeister der Frankfurter DIG. Eng war sein Verhältnis, das Verhältnis der ganzen Familie zu den „Jeckes“ in Israel, allen voran Hilde Hofmann s.A. Wie sie, hat er uns jetzt verlassen. Ralph Treviranus, der seit 1979 Mitglied der DIG war, starb in Frankfurt im 86. Lebensjahr

Claudia Korenke



Ralph Treviranus



# Die DIG vor Ort

Augsburg-Schwaben e.V.  
vorstand@dig-augsburg.de

**Baden-Baden**  
baden-baden@digev.de

**Bamberg**  
bamberg@digev.de

**Bayreuth-Oberfranken**  
bayreuth-oberfranken@digev.de

Berlin und Brandenburg e.V.  
schalom@digberlin.de

**Bielefeld**  
bielefeld@digev.de

**Bodensee-Region**  
bodensee-region@digev.de

**Bonn**  
bonn@digev.de

**Braunschweig**  
braunschweig@digev.de

Bremen/Unterweser e.V.  
schalom@dig-bremen.de

**Chemnitz**  
chemnitz@digev.de

**Cottbus**  
cottbus@digev.de

**Dresden**  
dresden@digev.de

**Duisburg-Mülheim-Oberhausen**  
duisburg@digev.de

**Düsseldorf**  
duesseldorf@digev.de

**Erfurt**  
erfurt@digev.de

**Frankfurt am Main**  
frankfurt@digev.de

**Freiburg**  
freiburg@digev.de

**Gießen**  
giessen@digev.de

**Halle-Umland**  
halle@digev.de

**Hamburg**  
hamburg@digev.de

**Hannover**  
hannover@digev.de

**Heidenheim**  
heidenheim@digev.de

**Heilbronn**  
heilbronn@digev.de

**Kaiserslautern**  
kaiserslautern@digev.de

**Kassel**  
kassel@digev.de

**Köln**  
koeln@digev.de

**Leipzig**  
leipzig@digev.de

**Magdeburg**  
magdeburg@digev.de



**Mainz**  
mainz@digev.de

**Memmingen/Kempton-Allgäu**  
memmingen@digev.de

**München**  
muenchen@digev.de

**Münster**  
muenster@digev.de

**Nordhausen**  
nordhausen@digev.de

**Nürnberg-Mittelfranken**  
nuernberg@digev.de

**Oldenburg**  
oldenburg@digev.de

**Osnabrück**  
osnabrueck@digev.de

**Ostfriesland**  
ostfriesland@digev.de

**Potsdam**  
potsdam@digev.de

**Regensburg-Oberpfalz**  
regensburg-oberpfalz@digev.de

**Rhein-Neckar/Mannheim**  
rhein-neckar@digev.de

**Saar**  
saar@digev.de

**Schleswig-Holstein**  
schleswig-holstein@digev.de

**Schwerin**  
schwerin@digev.de

**Speyer-Pfalz**  
speyer-pfalz@digev.de

Region Stuttgart e.V.  
baerbel.illi@t-online.de

**Trier**  
trier@digev.de

**Ulm / Neu-Ulm**  
ulm@digev.de

**Weimar**  
weimar@digev.de

**Westmünsterland**  
westmuensterland@digev.de

**Wiesbaden**  
wiesbaden@digev.de

**Witten**  
witten@digev.de

**Würzburg**  
wuerzburg@digev.de

**Junges Forum**  
jufo@digev.de

## Social-Media-Kanäle

DIG



@deutsch.israelische.gesellschaft



@DIGeV\_

Junges Forum



@JuFoDIGeV



@JuFoDIG



@JuFoDIG

## DIG-Bundesgeschäftsstelle

Bärbel Metz  
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle

Littenstraße 105 | 10179 Berlin  
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28  
Fax +49 (0)30 80 90 70-31  
info@digev.de | www.digev.de



## Die Leitsätze der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

**Unsere Ziele sind klar definiert: Die Deutsch-Israelische Gesellschaft will die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschen und Israelis festigen und weiterentwickeln. Dabei agieren wir überparteilich und in steter Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung. Grundlage der Arbeit der DIG sind unsere Leitsätze. Sie weisen uns bei unseren Bestrebungen den Weg, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen sowie in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.**

- 1 | Die DIG ist die zentrale Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Freunde Israels in überparteilicher Zusammenarbeit zusammenfinden, um in Solidarität mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung zu wirken.
- 2 | Es genügt nicht, die Entwicklung und Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen staatlichen Stellen zu überlassen. Die DIG will deshalb als überparteiliche Organisation dazu beitragen, die menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem deutschen Volk und den Israelis zu festigen und weiterzuentwickeln.
- 3 | Die DIG unterstützt und fördert alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, dem Staat Israel und seinen Bürgern Frieden, ein Leben in anerkannten und sicheren Grenzen, in wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu gewährleisten.
- 4 | Die DIG engagiert sich für einen Frieden im Nahen Osten, der die Lebensfähigkeit Israels dauerhaft sichert. Sie tritt für eine Verständigung zwischen allen Völkern der Region ein und wendet sich entschieden gegen all diejenigen Kräfte innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die Israels Lebensrecht als jüdischer Staat bestreiten.
- 5 | Auch in Zukunft wird die Arbeit der DIG von dem Wissen um die von Deutschen zu verantwortenden Verbrechen an den Juden während der Jahre 1933 bis 1945 ausgehen. Die DIG wird deshalb der Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern verpflichtet bleiben. Diesen Auftrag gilt es, an die nachwachsende Generation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Als konkreter Beitrag ergibt sich für die DIG daraus,  
Vorurteilen gegenüber Juden in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken sowie Antisemitismus und Antizionismus entschieden zu bekämpfen.
- 6 | Die DIG bemüht sich, in der Bundesrepublik die Kenntnis über Israel, seine Geschichte und seine Gegenwart zu vertiefen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Unterrichtung der DIG-Mitglieder und der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Probleme in Israel sowie über das Ringen um seine gesicherte Existenz.
- 7 | Mit den in ihrer Mitgliedschaft erarbeiteten und überparteilich getragenen Positionen äußert sich die DIG auch öffentlich, und zwar vornehmlich gegenüber der Regierung und den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.
- 8 | Die DIG bemüht sich in Israel um die Vermittlung eines realistischen Bildes über Entwicklungen und Probleme in der Bundesrepublik Deutschland. Sie arbeitet dabei eng mit ihrer Schwestergesellschaft, der Israelisch Deutschen Gesellschaft (IDG), zusammen, die sich auf israelischer Seite parallelen Aufgaben und Zielen widmet.
- 9 | Die DIG unterstützt den Austausch von Besuchergruppen zwischen beiden Ländern, vor allem im Rahmen des deutsch-israelischen Jugendaustausches. Dieser Austausch fördert die Bereitschaft, politische Verantwortung im Leben der menschlichen Gemeinschaft zu entwickeln, eine bessere und vertiefte Kenntnis vom anderen Volk, von seiner politischen und sozialen Lage, seinem Land, seiner Geschichte und seiner Kultur zu erwerben.
- 10 | Wichtige Aufgaben erfüllen die regionalen Arbeitsgemeinschaften der DIG. Sie führen Veranstaltungen durch, deren vorrangiges Ziel es ist, politische, soziale und kulturelle Entwicklungen in Israel durch deren Repräsentanten authentisch zu vermitteln und den Dialog zu fördern.
- 11 | Die DIG beteiligt sich an einer überregionalen Kooperation mit solchen Institutionen in europäischen Ländern, deren Ziel ebenfalls in der Entwicklung und Pflege enger freundschaftlichen Beziehungen zu Israel und seinen Bürgern liegt.

### DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Bundesgeschäftsstelle  
Littenstraße 105 | 10179 Berlin  
Telefon +49 (0)30 80 90 70-28  
info@digev.de | [www.digev.de](http://www.digev.de)

